

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 25.

Sonnabend, den 18. Juni 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Beschlagnahme des Arbeitslohnes. — Die Bauarbeitgeber wollen Lohnzulagen nicht gewähren. — Die schlecht durchgeführte Bundesrats-Berordnung im Granitgebiet Demitz-Thumitz. — Ueberall dieselbe Methode. — Der Glaubenskrieg. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1909. I. — Gewerkschaftliche Statistik. — Feuilleton: Zweite Ton-, Zement- und Kalkindustrie-Ausstellung zu Berlin. — Wirtschaftliche Rundschau. — Kollegen, betreibt eine intensive Agitation! — Korrespondenzen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Bauken: Pflastersteinbruch Stiebig. — Wittweida: Pflastersteinbruch Peterschütz. — Gornberg: Firma Kübler. — Ohsenfurt: Kaisersteinbruch-Aktiengesellschaft. — Mülhausen i. Elsaß: Pflastersteine.

Von der Bauarbeitersperre wurden unsere Kollegen in folgenden Zahlstellen betroffen: Langensfeld, Kaiserslautern, Blankenburg, Göttingen, Straßburg, Essen, Nürnberg, Stuttgart, Heilbronn, Braunschweig, Leipzig und Mülhausen (Elsaß).

Bamberg. Der Abwehrstreik bei der Firma Bette ist beendet. Die Firma versprach bei der Verhandlung, den Lohn zu erhöhen. Eine Lohnkommission wird in Zukunft bei Differenzen von der Firma gehört werden und den Beschwerden Rechnung tragen.

Königsberg i. Pr. Die Kollegen der Granitfirma Eckart sind in den Streik getreten. Es kamen Lohnreduzierungen und eine Maßregelung vor.

Caarsthausen. Die streikenden Kollegen der Firma Gottschalk sind alle anderweitig untergebracht. Gottschalk ist auf der Suche nach Steinmetzen; bisher waren seine Bemühungen ohne Erfolg. Der Betrieb ist gesperrt.

Roth am Sand. Bei der Firma Neupert & Wieser mußten die Kollegen wegen Maßregelung in den Streik treten. Neupert sucht Steinmetzen aus dem Fichtelgebirge heranzuziehen, jedoch ohne Erfolg. Da die Mehrzahl der Kollegen anderweitig untergebracht ist, bleibt der Betrieb für Schleifer und Steinmetzen gesperrt.

Beucha. Herr Preißer suchte in Böhmen Streikbrecher anzuwerben. Seine Bemühungen waren ohne Erfolg. Der Stadtbaurat in Meerane (Sachsen) hat Herrn Preißer mehrere Waggons Pflastersteine, welche zu schlecht bearbeitet waren, zur Verfügung gestellt. — Der Streik der Pflastersteinarbeiter dauert also weiter.

Striegau. Die hiesigen Unternehmer üben gegenüber den Steinarbeitern die reine Tyrannei. Will ein Kollege sein Arbeitsverhältnis lösen, so wird ihm das unmöglich gemacht, weil die Unternehmer gegenseitig keine Leute einstellen. Zugang nach Striegau und Umgebung ist fernzuhalten.

St. Johann. Die Firma Burger ist gesperrt. Die Behandlung den Arbeitern gegenüber läßt viel zu wünschen übrig. Granitarbeiter mögen Zugang unterlassen.

Neuhaus am Inn. Wegen Ablehnung von Verhandlungen bei der Firma Kapsreuther ist Zugang nach wie vor fernzuhalten.

Hohenleuben (Reuß j. L.). Der Streik bei der Firma Krebs ist zu unseren Gunsten erledigt. Ein Tarif kam zum Abschluß. Die Firma hätte sich nichts vergeben, wenn sie die dementsprechenden Zugeständnisse schon früher gemacht hätte.

Löbau. Die Firma Kumpf sucht durch Inserate unter einer Deckadresse Steinarbeiter. Die Notizen sollen aus dem Betrieb; eine gelbe Organisation sollte gezüchtet werden. — Der Streik dauert unverändert weiter.

Rückers. Die Differenzen mit der Firma Zeidler sind erledigt. Auf den Wallisfurter Stein wird ein Zuschlag von 10 Prozent gewährt, für die Bearbeitung des Friedersdorfer Materials wird ein Zuschlag von 40 Prozent bezahlt und endlich wird für die Bearbeitung des Heinitzener Steins (harte Schicht) ein Zuschlag von 35 Prozent gewährt. Der Heuschuertarif läuft bis 1. April 1911.

Berlin. Der Streik bei der Firma Frieske verlief zu Ungunsten der Kollegen.

Niedermendig. Bei der Firma Bickel in Kottenheim sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Der vorstellig gewordene Kommission wurde gekündigt. Zugang ist fernzuhalten.

Frömmersbach. Die Firma van Kan & Co. in Pümmelngaußen weigert sich, einen Akkordtarif abzuschließen. Der Betrieb ist gesperrt.

Pütschenbach. Den Kollegen wurden bedeutende Lohnreduzierungen angeboten. (Warum werden die Firmen

nicht genannt. Red.) Die Granitarbeiter mögen Zugang fernhalten.

Ströbel. Die Firma Schall lehnt für die Pflastersteinarbeiter jede Lohnzulage ab. Die Arbeiter sind über das Verhalten der Firma sehr empört, denn die Löhne sind äußerst gering. Zugang ist streng zu vermeiden.

Dresden-Pirna und Umgebung. Durch die Bauarbeitersperre sind in unserer Zahlstelle sehr viele Kollegen arbeitslos. Reisende Kollegen haben sich im Bureau Volkshaus, Weißes Roß, Pirna, weitere Auskunft zu holen.

Köln I. Die Aussperre der Kollegen ist zu unseren Gunsten beendet. Erreicht wurde eine Stundenlohn-Erhöhung im ersten Jahre von 3 Pfg., im zweiten Jahre von 2 Pfg. und im dritten Jahre von 3 Pfg. Insgesamt in der dreijährigen Tarifdauer 8 Pfg. Lohn-Erhöhung. An der Lohnaufbesserung nehmen 80 Kollegen teil. Der Minimallohn beträgt jetzt 66 Pfg. pro Stunde. (Siehe Bericht.)

Die Beschlagnahme des Arbeitslohnes.

Ueber die Beschlagnahme resp. Pfändung und Einbehaltung des Arbeitslohnes tauchen fortwährend Streitfragen auf, so daß es sich lohnt, auf diese Materie des näheren einzugehen. Während das Gesetz dem Gläubiger zunächst zur Befriedigung seiner Forderungen verhalten will, zieht es ihm aber auch zum Schutze des Schuldners gewisse Schranken. Hiernach sind nicht nur gewisse, für den Schuldner, seine Familie und seinen Haushalt unentbehrliche Sachen unpfändbar, sondern es sind auch gewisse Ansprüche, die der Schuldner seinerseits an dritte hat, der Vollstreckung nur in bestimmtem Umfange unterworfen. Unter diesen Ansprüchen ist nun in erster Linie der Anspruch auf Vergütung für Arbeiten oder Dienste, die der Schuldner einem dritten, also dem Arbeitgeber, auf Grund eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses leistet, zu erwähnen. Die Vergütung — Arbeitslohn — darf hier zur Sicherstellung oder Befriedigung eines Gläubigers erst dann mit Beschlag belegt oder gepfändet werden, wenn die Dienste geleistet sind und der Lohn vom Arbeiter am Fälligkeitstage nicht eingefordert worden ist. Von dem künftig fälligen Lohn kann dem Arbeiter nur der Teil mit Beschlag belegt werden, der den Betrag von 1500 Mk. jährlich übersteigt.

§ 4 des Lohnbeschlagnahmengesetzes macht hiervon insofern eine Ausnahme, als die Beschlagnahme und Pfändung des Lohnes nicht beschränkt ist bei der Beitreibung der direkten persönlichen Staatssteuern und der Kommunal-, Kreis-, Kirchen- und Schulabgaben, sofern diese Steuern seit länger als drei Monaten fällig geworden sind, und auch nicht bei Beitreibung der den Verwandten, der Ehefrau und der früheren (geschiedenen) Ehefrau für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das diesem Zeitpunkt vorausgehende Vierteljahr kraft Gesetzes zu entrichtenden Unterhaltungsbeiträge. Zur Beitreibung der an ein uneheliches Kind zu entrichtenden Unterhaltungsbeiträge kann der Lohn z. B. jedoch nur insoweit gepfändet werden, als dem Schuldner soviel belassen werden muß, was er zu seinem und seiner Familie notdürftigen Unterhalt gebraucht.

Was nun die Lohnpfändung für Privatschulden, kaufmännische Forderungen — kurz, für alle Forderungen, die nicht unter § 4 des Lohnbeschlagnahmengesetzes fallen — anbetrifft, so ist noch darauf hinzuweisen, daß der 1500 Mk. übersteigende Jahresbetrag schon gepfändet werden kann, auch wenn er noch nicht verdient ist. Früher konnte dieser Mehrbetrag erst dann gepfändet werden, wenn der Arbeiter dauernd und mit längeren Kündigungsfristen angestellt war. Heute kommt es weder auf eine dauernde Anstellung, noch auf längere oder kürzere Kündigungsfrist an; was eben über 1500 Mk. pro Jahr verdient wird, unterliegt in allen Fällen der Beschlagnahme resp. Pfändung. Hier liegen aber auch schon Gerichtsentscheidungen vor, wonach man den Lohn auf die einzelnen Lohnperioden verteilt, z. B. bei monatlicher Zahlung würde der zwölfte Teil von 1500 Mk. 125 Mk. betragen und bei wöchentlicher Lohnzahlung der 52. Teil 28.85 Mk. Was nun über 125 Mk. oder über 28.85 Mk. verdient wird, erklärt man für pfändbar, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, daß der Arbeiter usw. infolge eventuell eintretender Arbeitslosigkeit oder Krankheit auch weniger wie 1500 Mk. pro Jahr verdienen könnte.

Da nach dem § 4 des Lohnbeschlagnahmengesetzes für Steuern und Unterhaltungsbeiträge der Lohn auch dann pfändbar ist, wenn er weniger wie 1500 Mark beträgt, so sei darauf hingewiesen, daß für rückständige Steuern der Lohn in voller Höhe nur dann pfändbar ist, wenn die Steuern nicht länger als seit 3 Monaten fällig sind, d. h. wenn sie nicht schon vor drei Monaten hätten gezahlt werden müssen. Nach der Ausführungsanweisung des Finanzministers sind z. B. in Preußen vom 14. Februar (im Schaltjahr 15.) zu zahlen, die Steuern spätestens am 16. Mai, 16. August, 15. November. Diese Tage sind die Fälligkeitstage für jedes Steuervierteljahr. Von diesen Tagen ab zählt also die dreimonatliche Frist. In den übrigen Bundesstaaten beginnt die dreimonatliche Frist von den dort festgesetzten Fälligkeitsterminen ab. Steuern, welche nun länger als drei Mo-

nate von den vorstehend angeführten Tagen an gerechnet zurückliegen, können nur dann vom Lohne gepfändet werden, wenn derselbe 1500 Mk. pro Jahr übersteigt und dann auch nur insoweit, als über 1500 Mk. verdient wird.

Für Unterhaltungs-gelder (Alimente) ist der Lohn ebenfalls in voller Höhe pfändbar, sofern die Unterhaltungs-gelder den Verwandten in gerader Linie, also Kinder, Enkel, Eltern, Großeltern oder Ehegatten zustehen. Ist die Ehe geschieden, so steht dem geschiedenen, also an der Scheidung für nichtschuldigen erklärten Ehegatten dasselbe Recht zu. Der geschiedene Ehegatte hat aber nur insoweit Anspruch auf Unterhalt, als er außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Pfändbar ist in diesen Fällen der Lohn aber nur für die Zeit nach Erhebung der Klage und das diesem Zeitpunkt vorausgehende Vierteljahr. Solange also die Alimentationsklage nicht erhoben ist, kann auch der Lohn nicht gepfändet werden. Der Klage steht das Anerkenntnis und der Zahlungsbefehl gleich. Im Anschluß hieran soll noch erwähnt werden, daß bis zum 1. Januar 1900 in einigen Teilen Deutschlands zu den alimentationsberechtigten Verwandten auch die Geschwister gehörten. Seit Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs (1. Januar 1900) besteht aber eine gesetzliche Unterhaltungs-pflicht den Geschwistern gegenüber nicht mehr.

Nicht so günstig wie die vorstehend genannten Verwandten (Kinder, Eltern usw.) ist das uneheliche Kind gestellt. Unpfändbar ist hier der Teil des Lohnes, der zur Befriedigung des notdürftigen Unterhalts des Arbeiters und zur Erfüllung der ihm, seinen Verwandten, seiner Ehefrau oder seiner früheren Ehefrau gegenüber gesetzlich obliegenden Unterhaltungs-pflicht notwendig ist. Also nur darüber hinaus ist der Lohn auch unter 1500 Mk. pfändbar. Wieviel dem Vater des unehelichen Kindes nun zu belassen ist, dies richtet sich nach dem Stande der Parteien, den örtlichen Verhältnissen, und falls der Vater verheiratet ist, auch nach der Anzahl der Familienangehörigen. Ist der Vater des unehelichen Kindes unverheiratet, so kann ihm für rückständige Alimente schon der 15—18 Mk. wöchentlich übersteigende Betrag gepfändet werden. Ist der Vater jedoch verheiratet, so muß ihm mehr belassen werden. Nach den neuesten Entscheidungen des hiesigen Gerichts soll einem Verheirateten mit einem Kinde mindestens 21 Mk., mit zwei Kindern mindestens 22—24 Mk. belassen werden.

Ueber den ausgesetzten Lohn, z. B. Pfändung des Postgeldes der Ehefrau, finden wir im § 811, Ziffer 2 der Zivilprozessordnung eine Bestimmung, wonach die für den Schuldner, seine Familie und sein Gebinde auf vier Wochen erforderlichen Nahrungs-, Feuerungs- und Beleuchtungsmittel nicht gepfändet werden dürfen. Sind solche Vorräte nicht auf zwei Wochen vorhanden und ihre Beschaffung für diesen Zeitraum nicht auf anderem Wege gesichert, dann darf der zur Beschaffung erforderliche Geldbetrag nicht gepfändet werden.

Auch das Bürgerliche Gesetzbuch will dem Arbeiter den Lohn sichern. Der § 394 bestimmt nämlich: Soweit eine Forderung der Pfändung nicht unterworfen ist, findet die Aufrechnung nicht statt. Gegen die aus Kranken-, Hilfs- oder Sterbekassen, insbesondere aus Knappschaftskassen und Kassen der Knappschaftsvereine zu beziehenden Hebungen können geschuldete Beiträge nicht aufgerechnet werden. Leider hat die Rechtsprechung diesen Paragraphen auch schon durchbrochen und bereits Aufrechnungen (Kompensationen) gegen die Lohnforderung in gewissen Fällen für zulässig erklärt. — Was der Abzug der Beiträge zur Invalidenversicherung anbetrifft, so dürfen bei wöchentlichem Lohnzahlung nach § 142 des Invalidenversicherungsgesetzes die Beiträge nur für die letzten Wochen in Abzug gebracht werden. Dasselbe gilt nach § 53 des Krankenversicherungsgesetzes für den Abzug der Beiträge zur Krankenkasse.

Nach dem § 115 der Gewerbeordnung sind die Gewerbetreibenden verpflichtet, die Löhne der Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und bar auszusahlen. Sie dürfen den Arbeitern keine Waren kredittieren. Doch ist es gestattet, den Arbeitern Lebensmittel, Wohnung, Beköstigung usw. für den Betrag der durchschnittlichen Selbstkosten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung zu verabfolgen. Zu einem höheren Preise ist die Verabfolgung von Werkzeugen und Stoffen für Akkordarbeiten nur zulässig, wenn derselbe den ortsüblichen nicht übersteigt und im voraus vereinbart ist. Forderungen für Waren, welche dem § 115 zuwider kreditiert sind, können von den Gläubigern weder eingeklagt, noch durch Aufrechnung geltend gemacht werden. Löhneinbehaltungen zur Sicherung des Erfasses für die widerrechtliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses müssen vorher vereinbart werden, sonst ist auch hier der Abzug unzulässig. Geldstrafen müssen in der Arbeitsordnung vorgesehene Strafen dürfen über den Arbeiter nicht verhängt werden. Nach Entscheidungen einiger Gewerbegerichte dürfen die Strafen jedoch nicht vom Lohn abgezogen werden.

Indem hiermit die hauptsächlichsten Bestimmungen über Beschlagnahme, Pfändung und Einbehaltung des Arbeitslohnes gestreift worden sind, kann dem Arbeiter nur dringend geraten werden, sofort beim Austritt aus der Arbeit den Lohn zu fordern. Wodurch ist der Lohn

weder der Pfändung noch der Aufrechnung unterworfen. Ohne Genehmigung des Arbeiters darf der Arbeitgeber am Lohnzahlungstage dem Gläubiger des Arbeiters, z. B. Logiswirt usw. nichts vom Lohne überweisen. Dagegen kann der Arbeitgeber jederzeit verabsolgt Lohnvorschuß vom Lohne abziehen. Hat er aber dem Arbeiter ein Darlehen, z. B. zur Bestreitung des Umzugs gegeben, so darf dieses Darlehen nicht auf einmal, sondern nur in den vereinbarten Raten vom Lohne in Abzug gebracht werden. Erfolgt die Entlassung oder der Austritt aus der Arbeit vor Vedung des Darlehens, so kann der Arbeitgeber den Rest nur wie jeder andre Gläubiger beim Gericht einklagen. — Soweit nun die Beschlagnahme des Arbeitslohnes unzulässig ist, ist auch jede Verfügung durch Zession (Abtretung der Lohnforderung), Anweisung, Verpfändung oder durch ein andres Rechtsgeschäft ohne rechtliche Wirkung.

Die Bauarbeitgeber wollen Lohnzulagen nicht gewähren.

Die örtlichen Verhandlungen im Baugewerbe, die allerorts stattgefunden haben, um Ortstarife abzuschließen, scheitern in den Hauptfragen, in der Festsetzung der Löhne und der Arbeitszeit nach den bis jetzt vorliegenden Berichten in allen Orten. Das ablehnende Verhalten der Unternehmer zu diesen örtlichen Verhandlungen gibt zu der Vermutung Anlaß, daß ein genereller Beschluß im Arbeitgeberbund gefaßt wurde, der die örtliche Verhandlung ignoriert haben will, um so doch wieder auf zentrale Verhandlungen zu drängen.

Bisher liegen folgende Berichte vor:

In Frankfurt a. M. sind die Verhandlungen mit den Unternehmern insoweit erledigt, als eine völlige Einigung über die Akkordarbeit, die Ueberstunden, die Auflösung des Arbeitsverhältnisses und die Behandlung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und aus der Durchführung des Vertrags erzielt ist. — Keine Uebereinstimmung war zu erreichen über die Abgrenzung des Vertragsgebiets. Die Arbeitgeber fordern einen großen Bezirksvertrag, während die Arbeiter nur bereit sind, entsprechend dem Schiedsspruch der Unparteiischen, örtliche Verträge zu schließen. — Die Arbeitgeber lehnen sowohl die Arbeitszeitverkürzung wie auch jede Lohnerhöhung ab.

In Köln a. Rh. fanden die Einigungsverhandlungen am 10. Juni während des ganzen Tags unter Vorsitz des Beigeordneten Fuchs statt. Die Unternehmer boten eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde in diesem Jahre, einen weiteren Pfennig im nächsten und im dritten Jahre wieder 2 Pfg. an. Die Arbeitervertreter erklärten, diese geringfügige Aufbesserung unmöglich annehmen zu können, weil Köln die Stadt mit den teuersten Lebensmittelpreisen im Reiche sei und weil in Köln eine Lohnerhöhung seit drei Jahren nicht mehr stattgefunden hat. Wenn die Unternehmer auf dem Gebiete des Lohnes kein Entgegenkommen beweisen, ist die Aussicht auf Frieden sehr gering.

Im Bezirk Nürnberg-Grüth sind die Verhandlungen im Baugewerbe vollständig gescheitert. Die Arbeiter hatten außer der neunstündigen Arbeitszeit gefordert: 70 Pfg. Stundenlohn für Maurer und Zimmerer, 75 Pfg. für Steinhauer und 80 Pfg. für Profilitierer. Die Unternehmer erklärten jedoch, daß sie keinen Pfennig Lohnerhöhung und keinerlei Arbeitszeitverkürzung bewilligen. Sie verlangen Vertragsabschluss bis 1913.

Die in K o s t o d stattgefundenen Verhandlungen mit den Bauunternehmern sind resultatlos verlaufen.

In H a n n o v e r sind Verhandlungen ebenfalls gescheitert, und zwar auch dort an der Lohnhöhe und Arbeitszeitfestsetzung.

In K ö n i g s b e r g kam wegen der Lohnfrage keine Einigung zustande.

In S t u t t g a r t wurde zwischen den Parteien sieben Stunden auf dem Rathause verhandelt, ohne daß man über eine allgemeine Besprechung der Sachlage hinaus kam.

Für den T h ü r i n g e r Bezirk sind die Verhandlungen ebenfalls gescheitert.

Im L e i p z i g e r Bezirk konnte eine Einigung ebenfalls nicht erzielt werden.

In M ü n c h e n waren die Verhandlungen recht langwierig. Dr. Brenner redete den Unternehmervertretern mächtig zu, doch Lohnzulagen zu gewähren. Sie wollten netto „einen“ Pfennig pro Stunde zulegen, die 10stündige Arbeitszeit aber müßig bestehen bleiben. Fellermeier, der vor acht Wochen fluchtartig München verließ, nahm an den Verhandlungen teil. Die Arbeitervertreter sagten diesem Herrn manch bittere Wahrheit.

In A u g s b u r g, S t r a ß b u r g, M e ß und B r a n d e n b u r g sind die Verhandlungen ebenfalls gescheitert. — Die Hubschposten sind somit aus den Verhandlungsorten alle gleichlautend.

Nachwirkungen von der Bauarbeitersausperrung.

Wie stark die Nebengewerbe von der Bauarbeitersausperrung in Mitleidenschaft gezogen werden, erhellt recht treffend das Ergebnis einer Umfrage an die Ziegeleibefitzer, das die „Bauwelt“ veröffentlicht.

Für Ostpreußen ergab sich zurzeit noch ein leidlicher Geschäftsgang, da die Frühjahrsvorräte nicht groß waren und nun abgesetzt werden konnten. Doch wurde schon damit gerechnet, daß es in nächster Zeit zu größeren Betriebseinstellungen kommen würde.

Aus Sachsen wird ein beträchtlicher Schaden gemeldet. Die Bautätigkeit ruht. Die Ziegelkonvention enthält sich der Ablieferung. Einige Ziegeleien lieferten weiter.

In Hannover haben sich bedeutende Steinvorräte angesammelt, die Betriebseinschränkungen für die nächste Zeit zur Folge hätten.

Auch für Braunschweig wird eine Stockung des Absatzes gemeldet und auf eine Belebung des Geschäfts nach dem bald zu erwartenden Friedensschluß gehofft.

Aus Rheinland wird von der Undurchführbarkeit der Materialsperrre berichtet. Das Solidaritätsgefühl der Bauunternehmer wird als nicht genügend entwickelt bezeichnet, weil eine Anzahl erster Firmen sich von vornherein ablehnend verhielten und weiterarbeiten ließen. Die Bewegung, die anfänglich ziemlich kräftig einsetzte, sei im Abflauen begriffen. Das Geschäft hat eigentlich nie gestocht und es werden von Tag zu Tag schon wieder neue Arbeiter eingestellt.

In Süddeutschland arbeiteten die Ziegelwerke während der Aussperrung auf Vorrat. Das Frühjahr hat die Bestände fast völlig aufgebraucht. Bei längerer Dauer der Aussperrung hätte mit einer Reduzierung oder gänzlichen Stilllegung der Betriebe gerechnet werden müssen.

Aus Westfalen betonten die Ziegeleibefitzer ihre große Interessengemeinschaft mit den Bauunternehmern, was gleich ihnen auch die Ziegeleibefitzer aus Ostpreußen und Sachsen taten. Sie wollten die Bauunternehmer durch die Materialsperrre unterstützen, „koste es, was es wolle“.

Daß übrigens die Bauunternehmer bei den Ziegeleibefitzern so viel Verständnis und Gegenliebe für ihr Vorhaben fanden, die Mitwirkung der Arbeiter beim Arbeitsvertrage aufzuheben, ist nicht nur aus der Abhängigkeit erklärlich, in der sie sich gegenüber den Bauunternehmern befinden, sondern das bewirkt sicher auch der bei den Ziegeleibefitzern noch nicht gefährdete „Herr-im-Hause-Standpunkt“. Sie bestimmen, daß der ungenügenden Organisation der Ziegeleiarbeiter, heute noch fast uneingeschränkt über die niedrigen Löhne, langen Arbeitszeiten und sonstigen Arbeitsbedingungen.

Mit der Erstarbung der Organisation unter den Ziegeleiarbeitern werden auch diese Herren Unternehmer sich der Ansicht anbequemen müssen, daß der Arbeiter nicht willenloses, lebendiges Arbeitsinstrument ist, sondern der wichtigste Faktor im Arbeitsprozeß, ein Wesen von Empfindungen, von Fleisch und Blut, dem das Mitbestimmungsrecht im Arbeitsvertrage auf die Dauer nicht verwehrt werden kann. Dann dürfte ihre Liebe zu solchem Vorgehen, wie es das der Bauunternehmer in diesem Kampfe war, sich wohl ein wenig abkühlen.

Die Verhandlungen des zentralen Schiedsgerichts, das die bei den örtlichen Verhandlungen fast überall unerledigt gebliebenen Differenzen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern zu einem geordneten Ende führen soll, haben am Dienstag vormittag in Dresden begonnen. Das Tagungslokal ist das Neue Rathaus. Das Schiedsgericht setzt sich zusammen aus den drei Unparteiischen Dr. Wiedfeldt, Dr. Beutler und Dr. Brenner, von den Bauarbeitern ist delegiert Bömelburg für die Maurer, Schrader für die Zimmerer, Behrends für die Bauhilfsarbeiter und Wiedberg für die Christlichen; die Unternehmer haben den Baurat Enke-Weipzig und die Baumeister Fritze-Ensen, Behrends-Hannover und Lützen-Frankfurt als ihre Vertreter bestimmt.

Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig, weil die Zahl der zu entscheidenden Fälle außerordentlich groß ist. Das Schiedsgericht ist sich in der Tagung vom 14. Juni dahin einig geworden, daß der beabsichtigte Verhandlungsmodus nicht beibehalten werden kann, sollen sich die Verhandlungen nicht wochenlang hinziehen. Es will deshalb zunächst eine generelle Entscheidung treffen, ehe es an die Behandlung der örtlichen Differenzen herantritt. Nur für München und für Nürnberg hat das Schiedsgericht den Spruch fällen können. Danach sollen die Löhne, die in München bisher für Maurer und Zimmerer 59 Pfennige und für Hilfsarbeiter 47 Pfennige pro Stunde betragen, sofort um 2 Pfennige pro Stunde erhöht werden. Am 1. April 1911 soll eine weitere Erhöhung um 4 Pfennige und am 1. April 1912 eine abermalige Erhöhung um 2 Pfg. pro Stunde eintreten. Die Arbeitszeit soll vom 1. April 1911 ab um 1/4 Stunde verkürzt werden. In Nürnberg, wo der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer bisher 49 Pfg. und für Hilfsarbeiter 45 Pfg. betrug, tritt sofort eine Erhöhung um 1 Pfg. pro Stunde ein und vom 1. April 1911 an eine weitere Erhöhung um 2 Pfg. pro Stunde sowie vom 1. April 1912 an eine weitere Erhöhung um 1 Pfg. pro Stunde. Die Hilfsarbeiter erhalten eine sofortige Erhöhung um 2 Pfg. Die Arbeitszeit bleibt dieselbe. Für die norddeutschen Städte, wie Würzburg, Schweinfurt usw., konnte eine Einigung noch nicht erzielt werden.

Inzwischen wird das weitere Scheitern von örtlichen Verhandlungen gemeldet, so daß die Mitteilung, das Schiedsgericht werde sich mit etwa 5—600 Orten zu befassen haben, wahrscheinlich klingt. Eine Einigung kam nur für die Städte Rempten, Memmingen, Lindau, Kaufbeuren, Immenstadt, Sondhofen und das südliche Schwaben zustande. Die Lohnfrage wurde nach langen Verhandlungen dadurch geregelt, daß eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde gezahlt wird. An Orten, an denen die Arbeitszeit über 10 Stunden beträgt, soll diese auf 10 Stunden reduziert werden. Auch ist den Arbeitern das Koalitionsrecht garantiert.

Die generelle Entscheidung des Schiedsgerichts.

Die wegen der großen Anzahl der Orte sich schwierig gestaltenden Verhandlungen haben zunächst zu einer generellen Entscheidung des Schiedsgerichts geführt. Danach soll im allgemeinen eine Erhöhung des Lohnes um 5 Pfg. pro Stunde durchgeführt werden. In Orten unter 5000 Einwohnern soll die Erhöhung 4 Pfg. betragen, in Orten unter 5000 Einwohnern, die zu größeren Vertragsgebieten gehören, sollen ebenfalls 5 Pfg. gewährt werden. Die Verteilung der Lohnsteigerung auf die drei Vertragsjahre soll in der Weise geschehen, daß im 1. Jahre 1 Pfg., im 2. Jahre 2 Pfg. und im 3. Jahre wieder 2 Pfg. gezahlt werden. Ueber die übrigen Differenzpunkte soll heute nachmittag entschieden werden.

Die schlecht durchgeführte Bundesratsverordnung im Granitgebiet Demitz-Chumitz.

Wie im allgemeinen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im hiesigen Granitgebiet als schlechte zu bezeichnen sind, so ist es auch mit der Durchführung der Bundesratsverordnung bestellt. Wenn wir die einzelnen Bestimmungen betrachten, so finden wir, daß noch nicht einmal die im Jahre 1902 erlassene Verordnung durchgeführt wird, von der im vorigen Jahre verbesserten ganz zu schweigen.

Unterkunftsräume, die der Vorschrift oder den Anforderungen der Hygiene nicht entsprechen, sind trotz achtjähriger Gültigkeitsdauer immer noch vorhanden, wovon wir nur ein paar Fälle anzuführen wollen. Am schlechtesten ist es damit bestellt bei der Firma Semmrau in Neukirch. In der aus Brettern zusammengewebten Bude ist die Gesundheit der Arbeiter keineswegs geschützt und der Aufenthalt während der Pause, besonders im

Winter, nichts Angenehmes, da nicht nur der Wind durch die in den Wänden vorhandenen Löcher und Fugen durchpfeifen, sondern auch bei Regen- und Tauwetter das Wasser durch die Decken laufen kann und so die Arbeiter fortwährend der ungesunden Zugluft ausgesetzt sind. Mit keinem dichten Fußboden versehen ist der Aufenthaltssaum bei der Firma Ernst & S o l d, und auch noch bei vielen andern Firmen, was für die Gesundheit der Arbeiter nur zum Nachteil ist, da sich bei trockener Witterung ein kolossaler Staub entwickelt und bei nasser Witterung ein Schmutz entsteht, der eine recht unangenehme Verunreinigung der Luft erzeugt.

Noch mehr zu wünschen übrig läßt die Durchführung des § 9. Obwohl sich der Gesetzgeber deutlich dahin ausgesprochen hat, daß für die Arbeiter in den Brüchen die zehnstündige Arbeitszeit gilt, scheinen nicht nur die Unternehmer, sondern leider auch ein großer Teil Arbeiter der Meinung zu sein, daß für sie diese Bestimmung nicht vorhanden ist, so daß in den meisten Brüchen eine 12—13stündige Arbeitszeit zu verzeichnen ist. Ja sogar jugendliche Arbeiter werden noch entgegen den Bestimmungen des § 10 bei dieser gefährlichen Arbeit beschäftigt. Vielfach tragen aber die niedrigen Löhne dazu bei, daß die Bestimmungen des § 9 von den Arbeitern so wenig beachtet werden. Um nur einigermaßen leben zu können, wird die Arbeitszeit ins unheimliche ausgedehnt, was zur Folge hat, daß diese Arbeiter dann im besten Mannesalter dahin stehen und viele Familien dadurch in unbeschreibliches Elend geraten. Daß die Löhne vieler hiesiger Steinarbeiter noch einen Tiefstand haben, was man bei den jetzigen hohen Preisen für sämtliche Lebensmittel und Bedarfsartikel kaum für möglich halten sollte, wird durch folgendes bestätigt. Im Februar dieses Jahres verunglückte bei der Firma Döde u. F o r d e in Demitz-Chumitz ein Pflastersteinschläger derart, daß die Folgen des Unfalls zum Bezug von Unfallrente führten. Da der betreffende Arbeiter noch nicht ein volles Jahr im Betriebe beschäftigt war, kam nach § 10, Abs. 3 des G.-U.-V.-G. für ihn derjenige Verdienst in Betracht, welchen während desselben Zeitraumes versicherte Personen derselben Art in demselben Betriebe durchschnittlich bezogen haben. Eine solche versicherte Person hatte nun in diesem Betriebe in 304 Tagen die horrenden Summe von 925,22 Mk. verdient, oder im Durchschnitt 3,04 Mk. täglich. Diese Löhne stehen allerdings nicht vereinzelt da, im Gegenteil, eine große Anzahl Arbeiter erzielt noch viel niedrigere Löhne. In Anbetracht dieser geringen Löhne sind viele Familienväter gezwungen, die Bestimmungen des § 9 außer acht zu lassen und vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht hinein zu wachen, um nur einigermaßen das Notdürftigste zum Lebensunterhalt zu verdienen, zum Schaden ihrer Gesundheit. Leider gibt es auch noch eine Anzahl Arbeiter, bei denen der Schnaps oder andre alkoholische Getränke eine unregelmäßige Arbeitszeit hervorruft, da vielfach die verkümmerte Arbeitszeit an andern Tagen durch übermäßig lange Arbeitszeit nachgeholt werden soll.

Im § 4 der Bundesratsverordnung ist bestimmt, daß für die im Freien beschäftigten Steinhauer, Schrottschläger, Kleinschläger, Klarschläger und Pflastersteintipper zum Schutze gegen die Unbilden der Witterung Schutzdächer errichtet werden müssen. Gerade diese Bestimmung wird aber von den meisten Unternehmern sehr mangelhaft durchgeführt. Obwohl für die Steinmetzen derartige Dächer zum größten Teil geschaffen worden sind, ist für die andern Arbeiter noch fast gar nichts geschehen. Ja sogar die Pflastersteinstoßierer müssen noch zum größten Teil im Freien arbeiten, wie dies bei der Firma Karl Sparmann u. Co. und noch bei verschiedenen andern Unternehmern der Fall ist. Alles Vorstelligwerden ist bis jetzt vergeblich gewesen, höchstens wird gesagt, daß müssen wir eben Arbeiter entlassen. Besonders aber ist es wiederum die Firma Semmrau in Neukirch, wo in dieser Beziehung die größten Mißstände existieren. Diese Firma hat es noch nicht für notwendig befunden, für die Steinmetzen geeignete Schutzdächer zu errichten, so daß diese noch unter alten verfallenen Strohdächern arbeiten müssen, welche sich früher die Arbeiter auf eigene Kosten hergestellt haben und welche wegen ihrer Altersschwäche nicht mehr den geringsten Schutz gegen die Unbilden der Witterung bieten.

Recht wenig Beachtung findet auch der § 5, welcher besagt, daß für die Arbeiter „gesundes“ Trinkwasser oder andre geeignete Getränke vom Arbeitgeber in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen sind. Nur wenn die Hitze im Sommer manchmal fast unerträglich ist und die Arbeiter energisch nach Trinkwasser verlangen, wird ein Tagearbeiter vom Polier mit der Herbeischaffung beauftragt. Oft holen sich die im Akkord Beschäftigten selbst welches, um den Durst stillen zu können. Ob es in allen Fällen als „gesundes“ bezeichnet werden kann, mag diesmal dahingestellt bleiben. Auch die Bedürfnisanstalten können teilweise nicht den Anforderungen der Gesundheitspflege und des Anstandes entsprechend bezeichnet werden.

Auch alle Eingaben an die Behörden sind bisher ergebnislos gewesen. Nur dort, wo die Arbeiter gut organisiert sind, finden wir einigermaßen geregelte Verhältnisse. Bei all den Arbeiterschutzgesetzen ist die Selbsthilfe der Arbeiter die beste und schnellste Hilfe.

Überall dieselbe Methode.

Aus S o m m e r n wird uns geschrieben:

In der Nr. 17 des „Steinarbeiter“ werden in einem Artikel die betrügerischen Manipulationen geschildert, wie sie von den Steinbruchbesitzern den Arbeitern gegenüber durch Anfertigung zu großer Maßstäben angewandt werden. Wir können feststellen, daß auch in den hiesigen Pflastersteinbrüchen diese Methode bei den Unternehmern beliebt ist. Die Pflastersteine werden hier alle nach Kubikmeter aufgesetzt und berechnet, Mosaik und Kleinpflaster aber wird nicht erst aufgesetzt, sondern nach Kästen vermessen, weil alle einen Kubikmeter Inhalt haben sollen. Die meisten Kästen weisen aber folgende Größenverhältnisse auf: Länge 1,85 Meter, Breite 1,15 Meter, Höhe 0,50 Meter = Inhalt 1,063 Kubikmeter. Zum bessern Galt der Kästen sind in den Ecken in Form von dreikantigen Leisten Hölzer angebracht, welche je zwei zusammengelegt, ein Quadrat von 12 Zentimeter bei einer Höhe von 50 Zentimeter haben. Rechnen wir von dem Inhalt der Kästen diese Hölzer, je zwei zusammengelegt, mit 12 + 12 + 0,50 Zentimeter = 0,014 Kubikmeter ab, so weisen die Kästen immer noch ein Uebermaß von 0,049 Kubikmeter auf.

Welch großen Schaden die Arbeiter dadurch haben, wollen wir im folgenden nachweisen. Ein Mosaikschläger schafft im Durchschnitt pro Tag einen Kubikmeter Mosaik. Hat er 20,5 Kästen fertig, so hat er 20,5 × 0,049 = 1,004, also rund einen Kubikmeter gratis gemacht. Nehmen wir also alle 3 Wochen einen Kubikmeter, so ergibt das im Jahr 17 Kubikmeter, die er gratis herstellen mußte. Gezahlt wird für den Kubikmeter 5,25 Mk. Der Mosaikschläger büßt also durch diese Methode im Jahre an Lohn 17 Kubikmeter × 5,25 Mk. = 89,25 Mk. ein. Bei den Koppsteinschlägern ist das Verhältnis etwas anders. Sie stellen in der Hauptsache nur Koppsteine her und machen nur aus den sich besonders dazu eignenden Steinen Mosaik. Immerhin können wir aber im Durchschnitt auf 2 Wochen drei Kästen, oder im Jahre 78 Kästen rechnen. Bei dem vorhandenen Uebermaß müssen also die Koppsteinschläger 3,8 Kubikmeter gratis herstellen, was für sie eine Lohneinbuße von 19,95 Mk. bedeutet.

Welcher hübsche Profit bei dieser Art der Vermessung für die Unternehmer abfällt, wollen wir nur an einem einzigen Beispiel illustrieren: Im Steinbruch „Galgensfeld“ der Firma Dümling sind fünf Mosaik- und neun Koppsteinschläger beschäftigt. Bei den ersteren „verdient“ also der Unternehmer auf diese Weise 446,25 Mk. und an den Koppsteinschlägern 179,55 Mk. oder zusammen 625,80 Mk. pro Jahr. Die Firma Dümling besitzt aber sieben derartige Steinbrüche. Nehulich liegen die

Verhältnisse auch in den meisten übrigen Brüchen. Um sich unternehmerförmig zu rechtfertigen, versucht man den Arbeitern immer vorzureden, daß man die Kassen habe anfertigen lassen müssen, um das Gewicht herauszubekommen, ein „wesentlicher“ Unterschied im Inhalt sei nicht vorhanden.

Wir behalten uns vor, auch einmal über die Gewichtspraktiken zu schreiben, wir werden auch da beweisen, daß es die Steinbruchbesitzer vorzüglich verstehen, ihre Interessen wahrzunehmen. Die Arbeiter erscheinen aber, in welcher unglaublicher Weise sie überverteilt werden. Es ist daher höchste Zeit, daß sich die Kollegen in ganz ernsthafter Weise gegen diese Manipulationen zur Wehr setzen und event. gerichtliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Der Glaubenskrieg.

Die Zentrums-Fongleure sehnen sich schon lange nach einem neuen „Kulturkampf“, der ihnen dazu dienen soll, das in den Wählermassen mancherorts denn doch nachgerade stark grassierende Mißtrauen wieder einzuschläfern. Es soll kein „Kulturkampf“ sein, wie jener zur Zeit Bismarcks; damals ergriff bekanntlich die Staatsgewalt die Initiative. Das kann das heutige Zentrum, das „mitregieren“ will, nicht mehr brauchen. Was es braucht, ist eine liberale „Peche“, damit es sich als „verfolgte Unschuld“ aufspielen und die alleinseligmachende Kirche als von Freimaurern und Juden angefeindet hinstellen kann. Das bringt die Masse der gläubigen Schäflein in Bewegung, und das Zentrum erscheint wieder mit der Gloriole der „Volkspartei“, die für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ kämpft. Diese „Rehabilitation“ braucht das Zentrum um so nötiger, als es soeben im preussischen Abgeordnetenhaus beim Kampf um das Dreiklassenwahlrecht den Stranzgieher der junkerlichen Reaktion gemacht hat und jetzt vor der Öffentlichkeit wieder als „Hort“ des allgemeinen Wahlrechts auftreten will. Im preussischen Abgeordnetenhaus ist die Wollsnatur des Zentrums in ihrer ganzen Scheußlichkeit zum Vorschein gekommen. Jetzt soll ein Schaßpelz darüber gehängt werden. Es ist gut, wenn man bei einer solchen Verwandlung hinter eine Kulisse treten kann, und diese Kulisse liefert der soeben anhebende „Kulturkampf“.

Der Papst erläßt eine Enzyklika, in der er die Reformation, die Reformatoren und die auf ihre Seite getretenen deutschen Fürsten angreift. Der Evangelische Bund erläßt eine große Erklärung, in der er die Enzyklika als einen Angriff auf die „Grundlage echter deutscher Gesittung“ bezeichnet, und im preussischen Abgeordnetenhaus wird die Regierung von den Konservativen, den Nationalliberalen und den Freikonservativen mit Interpellationen bestürmt. Sie soll Auskunft geben, was sie tun will, um den durch die Kundgebung des Papstes angeblich bedrohten „konfessionellen Frieden“ zu sichern.

Dem sozialdemokratischen Abgeordneten Adolf Hoffmann haben die Herren im preussischen Abgeordnetenhaus allerdings das Wort abgeschnitten. Das war ein Triumph für das Zentrum.

Am Dienstag nun ging durch die Presse die Notiz, daß der katholische König von Sachsen die päpstliche Enzyklika ebenfalls scharf mißbilligt. Er wird seine Verwunderung dem Papst selbst brieflich mitteilen. Darüber sind die Protestanten nun sehr erfreut und man kann in der bürgerlichen Presse lesen: Sachsen in Deutschland voran. Das ist natürlich ein Wink in der Richtung nach Berlin.

Was uns an der Borromäus-Enzyklika interessiert, ist die Tatsache, daß diesmal den Zentrumsgelehrten der Papst ganz gewaltig in die Suppe gequodet hat. Die protestantischen Arbeiter, soweit sie nicht zur Sozialdemokratie gehören, werden jetzt von den Liberalen und den evangelischen Geistlichen mächtig aufgepeitscht, und dadurch werden naturgemäß die christlichen Gewerkschaften höchst ungünstig beeinflusst. Und es ist Tatsache, daß der Papst hat mit seinem Schreiben den konfessionellen Frieden aufs äußerste gestört. Die Zentrumsgelehrten haben sich wieder einmal den Zentralverbänden vorgeworfen, daß diese Gegner der Religion wären, und nun müssen die Christen erleben, daß ihnen der Papst die evangelischen Mitglieder direkt rebellisch gemacht hat. Und das nützen jetzt schon die evangelischen Pfarrer weidlich aus, indem sie zum Masseneintritt in die evangelischen Arbeitervereine auffordern. — Es stellt sich nun heraus, wie ungeheuer es ist, wenn die christlichen Gewerkschaften religiöse Dinge mit wirtschaftlichen verquiden.

Wir sind nun begierig, wie sich die Zentrumsarbeitervertreter aus dieser Situation herauswinden. Das Zentrum möchte zwar etwas „Kulturkampf“ auf sich nehmen; der verblähte Gloriole könnte dann wieder von neuem im besten Glanze erstrahlen. Den christlichen Gewerkschaften aber könnte ein solcher Kulturkampf sehr gefährlich werden; die protestantischen Arbeiter würden ohne weiteres aus den schwarzen Gewerkschaften austreten. Denn sie würden nicht mitmachen, daß ihr Glaube aufs schärfste bekämpft würde.

Uns geht allerdings die Borromäus-Enzyklika nichts an; aber wir haben darauf hinzuweisen die Pflicht, daß die Christlichen direkt verleumden, wenn sie sagen, wir bekämpfen die Religion. Ob diese Herren nun auch behaupten werden, daß der Papst den konfessionellen Frieden gestört hat? —

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die auf dem Verbandstag in Eisenach beschlossene Beitragsregulierung tritt mit dem 1. Juli 1910 in Kraft. Wir machen darauf aufmerksam, daß gleichzeitig ein Farbenwechsel mit den Marken vorgenommen wird.

Die Kollegen werden deshalb ersucht, dafür zu sorgen, daß sie bis zum 1. Juli mit ihrer Beitragsleistung auf dem Laufenden sind, damit die Ortsverwaltungen mit dem alten Markenmaterial pünktlich abrechnen können.

Am 2. Juli ist der erste Beitrag nach der neuen Klassifizierung fällig und im Mitgliedsbuch und Interimskarte in das 27. Wochenfeld zu heben.

Den Ortsverwaltungen wird zur Pflicht gemacht, unter allen Umständen mit den Abrechnungen vom 2. Quartal 1910 das übrige alte Markenmaterial (außer Eintritts- und Erbsmarken) einzusenden.

Die Verbandstagsprotokolle werden laut Beschluß des Eisenacher Verbandstages zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder abgegeben. Die Zahlstellen haben bis zum 18. Juni anzugeben, wieviel Protokolle sie benötigen. Es ist Ehrensache unsrer Verbandsmittglieder, daß von den Bestellungen reichlich Gebrauch gemacht wird. Die Zahlstellenverwaltungen mögen eine dementsprechende Propaganda entfalten.

Der diesmaligen „Steinarbeiter“-Sendung liegen die Quartalsabrechnungs-Formulare für das 2. Quartal bei. Die Kassierer mögen sich die Formulare unverzüglich von den „Steinarbeiter“-Verbreitern ausshändigen lassen.

Korrespondenzen

Alt-Barthau. Am 8. Juni tagte hier eine kombinierte Versammlung der Zahlstellen I und II. Kollege Rothke aus Bunsau erstattete Bericht vom Verbandstag. Die Debatte nach der Be-

richterstattung zeigte, daß die Kollegen den Ausführungen aufmerksam gefolgt sind. Folgende Resolution fand Annahme: „Die kombinierte Steinarbeiterversammlung der Zahlstellen Alt-Barthau erklärt sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden; nur in Sachen der Erwerbslosenunterstützung, der Verschmelzungsfrage und der Wahl des Zentralvorstandes ist sie nicht zufrieden und erwartet vom nächsten Verbandstag ein andres Resultat.“ Mit dem Betriebsleiter Rogot bei Zeiler hatte sich schon die letzte Versammlung und auch die heutige wieder zu befassen. Dieser Herr gibt durch sein provozierendes Auftreten Anlaß, daß wir ihm in nächster Zeit recht tüchtig klarmachen müssen, daß wir trotz des verlorenen Streiks im Frühjahr vor ihm noch nicht zu Kreuze kriechen. Wenn Herr Rogot in den letzten Jahren seiner Polierlaufbahn die Macht der Organisation unterschätzen lernte, so werden wir ihn einmal eines Besseren belehren müssen. Kollege Rothke gab noch bekannt, daß am Sonntag, den 19. Juni, eine Sitzung stattfindet zur Gründung einer Distrikts-Krankenunterstützungskasse. Als Vertreter werden von den Steinmeßern die Kollegen W. Schneider und Chr. Gerhardt entsandt. Die Drecher wählen ihre Vertreter in der nächsten Versammlung.

Bamberg. Die Steinmeßer der Firma Vetter in Bamberg waren am 12. Mai in den Ausstand getreten, weil die Löhne zu gering waren. Dabei äußerte Herr Vetter, daß er keinen Pfennig mehr zahlen könne. Die Kollegen schafften dann wieder weiter, wobei dann der Polier erklärte, keine Aufträge mehr zu haben; es dürfte nicht weiter gearbeitet werden. Auf dies hin verließen die Kollegen den Werkplatz, nur einer blieb dem Polier an der Seite hängen. Am 14. Mai wollte der Gauleiter mit einer Kommission unterhandeln, jedoch Vetter ließ sich auf Unterhandlungen nicht ein. Herr Vetter ließ nun die Arbeit nach Geßlbach abschieben. Wie wir in Erfahrung brachten, verweigerten die dortigen Kollegen die Arbeit und verlangten weiße Steine. Nun war Herr Vetter gezwungen, einen andern Weg einzuschlagen. Er transportierte dann die Arbeit nach Zeil. Am Montag, den 23. Mai, unterhandelte nochmals die Lohnkommission in Verbindung mit dem Gauleiter, wobei sich Vetter belehren ließ. Es kam zur Einigung, indem Herr Vetter erklärte, die Lohnverhältnisse besser zu gestalten. Es soll in Zukunft jeder Kollege 5 bis 6 Mark verdienen, und wenn die Kollegen nachmittags die Arbeit wieder aufnehmen, werden sie alle wieder eingestellt. Es wurde ferner auch noch erzielt, daß kein Kollege der Firma Vetter dem Verbands fernsteht.

Blankenburg a. S. Recht „suavolentem“ handelte die Betriebskrankenkasse der Firma Gebr. Schönfeld. Ein Kollege, der zurzeit in einer Lungenheilstätte weilt, wurde von dem Leiter dieser Kasse als Simulant bezeichnet. So ist es aber früher auch schon mehreren andern gegangen. Der betreffende Kollege hat stets Schwierigkeiten gehabt mit der Firma, wenn er um Arbeit zufragte. Jedesmal hat es geheißen, er wäre krank; also erst ist er krank gewesen und jetzt ist er Simulant. Also nur gesunde und kräftige Leute kann die betreffende Firma gebrauchen und dann, wenn sie ausgemergelt sind und krank werden, können sie sich dahin wenden, wo eine Ortskrankenkasse besteht. Auf andre Sachen, z. B. auf das statutenmäßige Abhalten der Generalversammlungen, legt die Kasse nicht so viel Wert; da findet auch mal keine statt oder dann, wenn nicht mehr so viel Leute im Betriebe beschäftigt sind.

Eisenach. Der Steinmeßmeister Herr Adler aus Metten wollte hier mit seinem Polier bei der Lohnauszahlung unter Tarif bezahlen. Die Differenz war weit über 20 Mk. Die Kollegen ließen sich eine solche Reduzierung nicht gefallen, sie beharrten auf dem Tarif. Herr Adler mußte denn auch demgemäß auspacken. Die Arbeit muß hier recht sauber gemacht werden, jede Kleinigkeit wird beanstandet; und dann noch Lohnkürzung anzubieten, das ist doch zu gewagt. Die Kollegen können nun wieder sehen, was durch Einigkeit erreicht werden kann. Und so werden wir es auch in Zukunft machen, für uns gilt der Satz:

Hamburg I. Am 4. Juni tagte hier unsere Mitgliederversammlung. Ein Kollege wurde in den Verband aufgenommen. Den Bericht vom Eisenacher Verbandstag erstattete Kollege Neumann. Besonders Interesse erregte sein Bericht über die Gründe der Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung und der Verschmelzung der Steinarbeiter mit dem Verbands der Maurer. Beide Fragen werden nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, bis dieselben eine befriedigende Lösung für die Allgemeinheit gefunden haben. Da der Verbandstag einen gangbaren Weg nicht gefunden, die Arbeitslosenunterstützung in dieser oder jener Form einzuführen, so wird wohl den Großstädten nichts andres übrig bleiben, als dieses Risiko auf sich selbst zu übernehmen und den Kollegen draußen im Lande zu zeigen, was Opfermut und Solidaritätsgefühl vermag. So war es mit der Krankenunterstützung, so wird es auch mit der Arbeitslosenunterstützung sein. Ein vom Vorstand dahin zielender Antrag, für Hamburg die Arbeitslosenunterstützung einzuführen, wurde einstimmig angenommen. Eine Kommission von sieben Mitgliedern wird die Vorlage ausarbeiten und der nächsten Versammlung zur Beschlußfassung unterbreiten. Für den erkrankten Kollegen Heinrich als Revisor wurde an seine Stelle Blumenberg gewählt. Zum Statistiker wurde für dieses Jahr Meyer gewählt. Für die Arbeiterantistatistikkolonne bewilligte die Versammlung 20 Mark. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Zentralvorstand das Gehalt des Kollegen Todero, ihm Rechtschutz zu gewähren (wegen Entlassung ohne Kündigung), abgelehnt hat. Die Gründe, die in Leipzig zur Ablehnung geführt haben, kann sich Hamburg nicht zu eigen machen. Dem Kollegen Todero wurde ortslicherseits Rechtschutz bewilligt. In der Debatte kritisierten sämtliche Redner den Leipziger Beschluß. Die Mitglieder verlangen, daß die Rechte, die ihnen laut Statut zustehen, nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch gewährt werden. Wenn Kollegen, die jahrzehntelang für die Interessen des Verbandes und der Mitglieder eingetreten sind, mißmutig werden, so ist es kein Wunder, daß dadurch der Verband am allerhöchsten geschädigt wird.

Ipshofen. (Echt christliche Wahrheitsliebe.) In der Nr. 128 des „Frankfurter Volksblatts“ beschäftigt sich ein Artikler mit der in Ipshofen abgehaltenen christlichen Versammlung. Der Referent, Herr Böller aus Nürnberg, „sollte“ das Thema: Die christlichen und freien Gewerkschaften behandeln. Aber dieses ist ihm völlig mißlungen, denn von Gewerkschaften war überhaupt wenig die Rede. Desto mehr schimpfte der naive Mann auf die große Partei, auf die Sozialdemokratie. Unsere Kollegen waren über seine Tiraden so entsetzt, daß sie ihn zur Sache riefen. Das war natürlich dem Herrn recht unangenehm, denn nun mußte er, daß er sich gar mächtig blamiert hatte. Herr Böller meinte nun, wenn es nicht paßt, kann den Saal verlassen. Die Kollegen ließen sich das nicht zweimal sagen, sondern kamen dieser Aufforderung sofort nach und verließen geschlossen den Saal. Als nun der christliche Wahrheitslieb sah, daß keine Zuhörer mehr zurückblieben, rief er in bittendem Ton, die Leute sollten doch bleiben. Es war aber zu spät, er konnte seine Weisheit nur noch an ca. 15 Mann verzapfen und dieses waren meistens Spitalmänner. Als früher diese jetzigen Notizen noch christlich organisiert waren, da allerdings hat man sie richtig belügen können; doch dies dauerte nicht lange, weil Sünden eben kurze Beine haben. Die Steinarbeiter Ipshofens haben die Brüder in Christo erkannt, weshalb sie sich mit Abscheu von ihnen abwenden. Diese Kollegen haben eben auch noch Gefühl und Ehre, deshalb lehnten sie es auch ab, im April 1908, als in Langensalza der Steinarbeiterstreik war, dort in Arbeit zu treten. Den freigeorgisierten Steinarbeitern Ipshofens aber rufen wir zu, sich in ihrer Ueberzeugung nicht irremachen zu lassen, mögen die Zentrümmer auch noch so schädel gegen uns vorgehen.

Ramenz. In den Betrieben der Firma Sparmann herrschen die verabschiedeten Mißstände. Mit dem sogenannten „Kapuzinerurnen“ ist endlich aufgeräumt worden. Die gelieferten Pflastersteine wurden bisher abgehängt; eine genaue Messung wurde nicht vorgenommen. Wenn das Geschäft flott ging, dann hatte der Arbeiter keinen Schaden, trat aber Geschäftsflaute ein, dann wurde schlechter abgehängt und unsere Kollegen mußten sozusagen auf eigene Kosten auf Vorrat arbeiten. Jetzt ist es nun anders geworden. Die Steine werden vermessen; diese Abnehmungsmethode muß auch als richtig bezeichnet werden. In den Werkstätten müßte die Firma mehr auf Ordnung sehen. Es sollen die Arbeiter den Schutt selbst wegschaffen; das widerspricht der Bundesratsverordnung. Die Bruchwände müssen ebenfalls noch abgeräumt werden; heute kann sehr leicht ein Unglücksfall passieren, weil dann und wann Gesteinsbrocken herunterrutschen.

Köln I. Am 7. Mai wurden die organisierten Kollegen ausgesperrt, weil sie dem Verlangen der Unternehmer nicht nachkamen, den alten ablaufenden Tarif auf weitere drei Jahre anzuerkennen. Wiederholt fanden auf Veranlassung der Unternehmer Verhandlungen über die Neuregelung des Tarifs statt, die jedoch kein befriedigendes Resultat brachten. Die Unternehmer verlangten, daß neben dem Stundenlohn auch im Afford gearbeitet werden solle. Dies lehnten jedoch die Kollegen ab, da in Köln die Steinmeßer zum weitaus größten Teil nur Reparaturarbeiten verrichten. Selbst ein Affordtarif nach Flächen und Gliedern ist nutzlos, weil der Kollege kaum einen Tag in der Woche an der Bank steht. Auf Ansuchen der Unternehmer fand am Freitag, den 10. Juni, eine Sitzung statt. Von den Unternehmern wurde mitgeteilt, daß sie bereit seien, den Affordparagrafen, wie er im alten Vertrag war, anzunehmen; dem stimmte unterseits die Kommission zu. Betreffs einer Lohnerhöhung wurde nach langer Debatte von den Unternehmern folgendes Zugeständnis erreicht: Im ersten Tarifjahr 3 Pfg. Lohnerhöhung, im zweiten Jahre 2 Pfg. und im dritten Jahre 3 Pfg.; also bei dreijähriger Tarifdauer 8 Pfg. Lohnerhöhung. Ueber die andern Punkte des Tarifs wurde ebenfalls eine Einigung erzielt. In der am selben Abend stattfindenden Versammlung gab die Lohnkommission Bericht. Nach eingehender Debatte wurde in geheimer Abstimmung beschlossen, den Tarif abzuschließen. Die Arbeit wird am 13. Juni wieder aufgenommen. Im Schlußwort ermahnten der Gauleiter und der Vorsitzende die Kollegen, auch in Zukunft so treu und einig zusammenzutreten, wie in der Aussperrung. Von den ausgesperrten Kollegen ist nur ein Mann abgefallen; er befürwortete seine „Lebensstellung“ zu verlieren, es ist dies der Steinmeßer Dine. Es wurde beschlossen, an den Zentralvorstand den Antrag zu stellen, den Vorgenannten aus dem Verband wegen Streichbruchs auszustoßen. Die Aussperrung hat nun nach fünfwöchiger Dauer mit einem Erfolg für die Kollegen geendet; hoffen wir nun aber auch, daß in Zukunft der Versammlungsbesuch ein guter wird, damit die Gewähr gegeben ist, daß die Bestimmungen des Tarifs eingehalten werden. Nur der Einigkeit der Kollegen war es zu danken, daß ein Erfolg erzielt wurde.

Mittelsteine. In der am 5. Juni abgehaltenen Distriktsversammlung erstattete Kollege Feser-Breslau Bericht vom Verbandstag. Redner streifte in kurzen Zügen die Anträge und gab dann ein anschauliches Bild von den Verhandlungen. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. In der darauffolgenden kurzen Debatte wurde von einigen Kollegen bebauert, daß die Reise- und Krankenunterstützung keine Erweiterung erfahren hat. Dann wurde noch die Bezahlung der Prozente bei Schilling einer Kritik unterzogen. Der Stein wird immer härter und Procente gibt es immer weniger. Außerdem läßt die Behandlung des Poliers den Leuten in Mittelsteine gegenüber viel zu wünschen übrig. Hoffentlich ändert sich diese Nadelstichpolitik bald. Die Versammlung war nur zur Hälfte von den Mitgliedern besucht. Nicht vertreten war Müller.

Ströbel. Im hiesigen Bezirk gärt es unter der Arbeiterschaft mächtig. Die Löhne in den Granitbrüchen sind recht niedrig. Die Arbeiter, die so schon anspruchlos sind, haben die größte Mühe, sich nur einigermassen in wirtschaftlicher Beziehung halten zu können. Wir reichten bei der Firma Schall einen Tarif ein, aber dieselbe antwortete ablehnend. Das letzte Antwortschreiben lautet:

Auf das hier am 12. Juni eingegangene, von Ihnen und verschiedenen Mitarbeitern unterzeichnete Schreiben wegen Einführung eines Tarifs mit erhöhten Lohnsätzen gegen jetzt erwidern wir Ihnen, daß wir Ihnen dasselbe seinerzeit bereits abgelehnt und Sie ersucht haben, hiervon auch Ihren Mitarbeitern Mitteilung zu machen. Wir teilen Ihnen daher hierdurch nochmals mit, daß wir in Berücksichtigung der jetzigen Lage der Ströbeler Brüche auch nicht die geringste Lohnerhöhung bewilligen können. St. Schall.

Die Firma Schall kann sich neue Steinbrüche in Kallthaus erwerben, sie kann in Strehlen die Erhöhung des Sachzinses von 70 000 auf 100 000 Mark ertragen, aber den hiesigen Steinarbeitern eine kleine Lohnzulage zu gewähren, ist sie nicht in der Lage. Herr Schall kennen wir zur Genüge. Sein Trachten ist, sich ungeheure Reichtümer anzuhäufeln, die Arbeiter dagegen werden in der minimalsten Weise entlohnt. Um die Ströbeler Arbeiter im Schach halten zu können, stellen die Unternehmer gegenseitig keine Leute ein. Ist das nicht Tyrannei im wahrsten Sinne des Wortes? Die Arbeiter sind somit dem einzelnen Unternehmer preisgegeben.

Sülzfeld. Die Versammlung am 12. Juni war gut besucht. Kollege Kautner hielt ein vorzügliches Referat über die Eisenacher Tagung. Lebhafter Beifall folgte am Schluß des Referats. Kritisiert wurde, daß unser Antrag (betreffend Verschmelzung der Erwerbslosenunterstützung) nicht durchgedrückt werden konnte. Es sollte sich für diesen Antrag Kollege Waldhardt ins Zeug legen, der mit seiner glänzenden Beredsamkeit scharf den Antrag hätte durchdrücken können. Aber wir konnten eben auf das Solidaritätsgefühl dieses Delegierten nicht rechnen. — Die neue Beitragsregulierung wurde als vernünftig bezeichnet. Scharf gerügt wurde, daß so viel Erwerbslosenmarken gefleht wurden. — Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurden 50 Mk. bewilligt. Kritisiert wurde auch, daß der beschlossene Extrabeitrag bei der Aussperrung (ortslicherseits) nicht eingezogen werden konnte.

Wehlen. Für die Steinbrucharbeiter des Postaer Gebiets fand am 8. Juni in der Höhe eine Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Bericht vom diesjährigen Verbandstag und Gewerkschaftliches. Kollege Seidel gab einen Ueberblick von der Tagung in Eisenach. Er besprach dabei besonders die für uns am meisten in Frage kommenden Angelegenheiten. Es sei anzunehmen, daß unser Beruf die Krise überwunden habe. Schon die Gewinnung von 1097 neuen Mitgliedern im 1. Quartal bestätigt dies. Ueber Tarifwesen und Streiktaktik sei diesmal in geschlossener Sitzung beraten worden, da es sich herausgestellt habe, daß die Unternehmer, als obige Angelegenheiten früher in breiterer Öffentlichkeit behandelt wurden, unsere Taktik bei Lohnkämpfen, von der sie Kenntnis hatten, leicht durchkreuzen konnten. Bei Beratung über unsere Fachpresse seien dem Redakteur verschiedene Anweisungen erteilt worden, die das oft eigenartige Verhalten der Redaktion des „Steinarbeiters“ verhindern sollen. Auch das Verhalten des Kollegen Starke bei Lohnkämpfen sei scharf gerügt worden. Die Arbeitslosenunterstützung sei auch von diesem Verbandstag abgelehnt worden, obwohl von einem großen Teil der Delegierten die Notwendigkeit anerkannt wurde. In unserm Berufe herrsche eine fürchterlich große Arbeitslosigkeit. Bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung würde eine Beitragserhöhung notwendig sein, die uns die Agitation zur Mitgliederwerbung jetzt sehr erschweren könnte. Daher sei auch Redner zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir vorläufig noch von der Einführung einer solchen Unterstützung Abstand nehmen müßten, so bewaehlich dies auch für viele sei.

Da die vom Zentralvorstand beantragten Staffelleistungen zur Annahme gekommen sind, haben wir nun noch eine niedrigere Beitragsklasse erhalten. Die Kollegen aus den Bruchdistrikten versprechen sich von dieser Neuerung große Erfolge. Kollege Seibel hat gegen die Einführung einer niedrigeren Beitragsklasse gestimmt, weil er sich keinen Erfolg davon verspreche. Der niedrige Beitrag allein tue es nicht; alle Kollegen müssten erstlich mitarbeiten und außerdem wirken, dann würden auch Erfolge zu verzeichnen sein. In der Debatte wurde von einigen Kollegen bekundet, daß nicht alle Hoffnungen, die auf den Verbandstag gesetzt waren, erfüllt wurden; im allgemeinen könne man aber mit den gefassten Beschlüssen zufrieden sein. Unter Geschäftsführung wurde die sich durch die Beschlüsse des Verbandstages notwendig machende Erhöhung der ersten Beitragsklasse erledigt. Es lag ein Antrag der Verwaltung vor, dahingehend, daß, wenn bei prozentualer Bezahlung der Wert der Marke nicht erreicht wird, auf alle Fälle 60 Pfg. pro Marke zu zahlen sind und außerdem jeder Kollege die Kranken- und Arbeitslosenmarken vom 1. Juli ab selbst zu zahlen hat. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Die Verwaltung glaubt, daß hierdurch eine Erhöhung des prozentualen Beitragsfußes möglich ist. Ein weiterer Antrag der Verwaltung, durch den sie einen besseren Besammlungsbesuch herbeiführen wollte, wurde seiner scharfen Form wegen abgelehnt. Es wurde aber den Kollegen, die jetzt immer den Versammlungen ferngeblieben sind, zur Pflicht gemacht, diese künftig fleißiger zu besuchen. Bezüglich der Volksausgangsangelegenheit sprachen sich alle Redner dahin aus, daß es Pflicht aller Kollegen ist, für Durchführung der Beschlüsse, die in dieser Angelegenheit gefaßt sind, zu sorgen.

Rundschau.

Steinbedarf. In den nächsten Tagen werden vergeben: Tilsit: 2370 Kubikmeter Pflastersteine, Friedenau: Werksteinarbeiten für die höhere Mädchenschule, Steglitz: Steinmetzarbeiten für das Elektrizitätswerk, Pforzheim: 340 Meter Bogenrandsteine, Thorn: 2000 Quadratmeter Reihenspflastersteine, Dortmund: 4000 Quadratmeter Pflastersteine (Grauwade), Emden: Steinmetzarbeiten zum Pappenheimer Verbandstag, Hamburg: Steinmetzarbeiten zum Krankenhaus St. Georg, Berlin: 4200 Quadratmeter Pflastersteine, 2. Sorte, Reg: Lieferung von 113 000 Stück Bahnhofsplastersteinen, 650 000 Kilogramm Kleinspflastersteinen, 190 000 Kilogramm Mosaissteinen und 1536 laufende Meter Granitbordsteinen, Wiesbaden: Deckel aus Hartgestein für die Großviehschlachthalle des städtischen Schlacht- und Viehhofes, Offenbach a. M.: Basalt-, Granit-, Kalkstein- und Kunststeinlieferung für den Neubau der Technischen Lehranstalten daselbst, Basel: Steinmetzarbeiten (Granit und heller Sandstein), sowie Kunststeinarbeiten in Granit- und Sandsteinnachahmung für die Aufnahmehalle des neuen habsburgischen Bahnhofs in Basel (200 Meter lang, 25 Meter tief und 10 Meter hoch), Bremen: Lieferung von 2500 Quadratmeter Reihenspflastersteinen 2. Sorte und 150 Meter Bordsteinen aus Granit oder einem gleichwertigen Material, Köln a. Rh.: Steinmetzarbeiten (Muschelkalk und Etringer Tuff) zum Neubau des Verwaltungsgebäudes an der Sandbahn, Nürnberg: Lieferung des Basaltgatters zur Unterhaltung der Staatsstraßen im Bauamtsbezirk Nürnberg für die nächsten 5 Jahre 1911 mit 1915 nach Straßen und Rosen. Die jährliche Lieferung beträgt rund 6000 Kubikmeter oder 10 000 Tonnen.

Der Verband Westdeutscher Steinbruchbesitzer hat sich, um rechtsfähig zu werden, ins Vereinsregister eintragen lassen. Dem Vorstand gehören nur große Industrielle an und zwar: Friedrich Haas, Eifenfeld, J. Hofmann, Eitz, J. Abrian, Oberkassel, A. Lind, Rothhausen (Kreis Summersbach), W. Penz, Summersbach, Fris Reh, Dillenburger, Dr. Sonnenjäger, Bonn, S. Urmacher, Oberkassel. Die westdeutschen Steinbruchbesitzer liefern größtenteils nur Pflastersteine, Marmor und Mauerwerkmaterialien. Die Herren verfügen über vorzügliche Steinbrüche.

Die langamen Desterreicher. Eine „schnelle“ Erledigung hat eine Eingabe des Verbandes der Cottauer Sandsteinbruchbesitzer gefunden, der sich am 8. April 1907 an das Hauptzollamt Bodenbach-Wetzchen wegen Zollbehandlung von Sandsteinplatten wandte. Die Antwort ist vom Finanzministerium in Wien unter dem 3. Mai 1910 gegeben worden. Mehr als drei Jahre hat es also gedauert, ehe eine Zolltarifauskunft erlangt werden konnte. In Desterreich fäns eben gemüthlich.

Gleichheit bei den Christlichen. Die christlichen Hilfsarbeiter hielten kürzlich in München ihren 5. Verbandstag ab. Das umgeänderte Statut erhielt unter anderem folgende Fassung: „Das Amt des 1. Vorsitzenden dauert 4 Jahre, das der übrigen Vorstandsmitglieder 2 Jahre.“ Wäre es da nicht besser, wenn Herr Oswald gleich auf Lebenszeit ange stellt würde. — Die Schwarzen können sich nicht einmal dazu aufschwingen, demokratische Grundsätze in ihrem Zentralvorstand durchzusetzen. Es gibt also bei ihnen 2 Klassen von Angestellten.

Schwedische Studenten. An der Universität Uppsala hat sich etwa ein Drittel aller Studenten bei den jetzt eben vorgenommenen Probeabstimmungen für ein sofortiges Verbot aller alkoholischen Getränke erklärt. Die Zahl der gegenwärtig Studierenden beträgt 2004. Davon waren am Abstimmungstage abwesend 614. Von den übrigen Studenten stimmten 611 für das Alkoholverbot, nur 114 dagegen, abwartend verhielten sich 665. Auf die einzelnen Fakultäten verteilt, zeigt sich folgendes Abstimmungsbild: Von den Studenten der Philosophie stimmten 32,15 Proz. für, 5,41 Proz. gegen das Verbot; von den Studenten der Theologie stimmten 48,65 Proz. für, 3,28 Proz. gegen das Verbot; von den Studenten der Medizin stimmten 29,15 Proz. für, 5,24 Proz. gegen das Verbot; von den Studenten der Jurisprudenz stimmten 12,1 Proz. für, 8,13 gegen das Verbot.

Eine Aufsehen erregende Marmortechnik hat Dr. Alfred Pfaff in Oberlahnsheim erfunden. Mit Spezial-Präzisionsmaschinen stellt er Marmorplättchen her in der Stärke eines halben Millimeters; die übrigen Maße sind etwa 90 zu 50 Zentimeter. Diese Marmorplättchen, besser gesagt Dünnschliffe, sollen bei Kirchenfenstern geradezu eine überwältigende malerische Wirkung ausüben. Dr. Pfaff hat auf der Brüsseler Weltausstellung ein Fenster aus solchen Marmorplättchen ausgestellt. Der dünngefärbte Marmor wird zwischen zwei Fensterscheiben angebracht und das gesamte Aussehen soll dem der Glasmalerei ähneln. Unsere Kollegen werden nun meinen: „Dös glaub wir nör“, aber wir können nur bestätigen, daß in Brüssel die Pfaffsche Erfindung ein ungemein großes Aufsehen verursacht.

Sinkende und marschierende Berge. Auf dem Schlosse des Ritterguts Ströbendorf in Oberfranken bei Burgundstadt am Main machte man immer deutlicher die Wahrnehmung, daß seit 1861 von den Fenstern des ersten Stockes aus für einen Betrachter, der nach Südosten über die baumlose Feldflur von den niederen Vorhügeln des Juraplatus gegen das linke Mainufer in der Richtung nach Altenkumburg hinblickt, vom Kirchturme des schmucken Ortes von Jahr zu Jahr mehr zu sehen war: erst nur ein kleines Stück, heute schon der halbe Kirchturm. Demnach ist hier der nördliche Sockel des Juraplatus im Versinken gegen die Mainniederung begriffen. In gleichem Maße einer halben Stunde Entfernung nach Norden in den Vorhügeln des Ebnather Berges jenseits des Main-städt Orstfeld. Mitte der 80er Jahre tauchte dies mit der Spitze des Kirchturms auf, und von Jahr zu Jahr sah man mehr von der Kirche. Also ist dort der Sockel der vom Frankwald vorgeschobenen Bergmasse an der rechten Mainseite gegen dessen Niederung im Sinken. Diesen beiden Feststellungen kommt hoher erdgeographischer Wert zu; sie mahnen uns, wo nur zugänglich, in den Besitz gleich gut verbriefter Nachrichten dieser Art zu setzen — übrigens nicht bloß

für Gebirge, sondern für alle begünstigten Stellen des Erdbodens — und eine bisher kaum tiefer erörterte geologische Frage von ebenso großer wissenschaftlicher wie praktischer Tragweite nicht länger zu übergehen. Ein mannigfach ähnlicher Fall, nämlich ein marschierender Berg, macht augenblicklich in der Schweiz Aufsehen. Am Röhberg beim Schwyzer Dorf Sattel ist seit dem Abend des 24. Mai eine etwa 1000 Quadratmeter große Erdläche in Bewegung. Die langsam niedergehende, meterhohe Wellen bildende Masse zerstörte Ställe; Wohnungen mußten geräumt werden. Am 2. September 1806 stürzte der westliche Gipfel des Röhbergs, der Snippen, ab und verschüttete vier Dörfer, wobei 457 Menschen ums Leben kamen. Diese Abbruchstelle ist am Röhberge noch jetzt deutlich sichtbar. Der höchste Gipfel des Röhbergs, die 1583 Meter hohe Wildspitze, ist vorläufig noch unversehrt.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 6. bis mit 11. Juni 1910.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)
Kirchheim, B. 258.06. Neuorg, B. 253.—, K. 10.—. Koburg, B. 4.40. Kessendorf, B. 9.—. Burgstädt, B. 3.40. Bisselshövede, B. 7.20. Hoya, B. 17.50. Weida, B. 4.35. Stolzenau, B. 6.80. Jever, B. 4.95. Lübber, B. 2.40. Orttrand, B. 3.30. Dittrow, B. 4.40. Gera, Ins. 1.20. Renningen, B. 5.46, E. 6.50. Seebach, B. 138.—, K. 20.—. Gäßlich, B. 588.—. Halle, B. 138.—. Ebersbach, B. 160.—. Beucha, B. 251.16, E. 0.25, K. 1.70. Ziegelanger, B. 84.—, K. 16.—. Hamburg I, B. 690.—, K. 40.—. Hohenleuben, B. 84.—, K. 7.50. München, B. 639.40, E. 15.—, K. 31.60. Sulzfeld, B. 406.60, E. 2.50, K. 16.90. Wolfshagen, B. 96.60, K. 0.90. Würzburg, B. 34.50, K. 1.50. Merseburg, Ins. 2.45. Dittelsdorf, B. 17.65. Weisel, B. 8.80. Schwerte, B. 6.—. Oppurg, B. 4.40. Detmold, B. 3.—. Jarmen, B. 6.55. Stade, B. 6.15. Saalfeld, B. 3.90. Reihheim, Ins. (Frohmann), 9.60. Schopfloch, B. 34.20, K. 0.80. Kolmar, B. 7.40, K. 0.60. Balduinstein, K. 10.—, Div. 2.55. Wilhelmshagen, B. 9.35. Arnstadt, B. 5.—. Burg, B. 4.—. Gard, B. 3.60. Graßheim, B. 34.50, K. 5.50. Berlin, B. 920.—, K. 80.—. Leipzig, B. 630.—.
Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Strasbourg (Els.) Ersuche die Vertrauensleute und Kollegen allerorts, mir die Adresse des Marmorhauers Joseph Pingott, geboren in Gramberg (Kreis Unterlahn), mitteilen zu wollen.
Joseph Schäfer, Kassierer
Strasbourg (Els.), Bei den Spachhäusern 5.
Gotha. Die zureisenden Kollegen der Sandstein- und Granitbranche wollen sich, bevor sie nach Arbeit umsehen, beim Zahlstellenvorstand Information holen. Die Ortsverwaltung.

Anzeigen

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Steinarbeiter von Wurzen, Röcknitz, Hohburg und Umgebung.
Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr
Grosses Sommerfest im Bürgergarten, Wurzen.
Programm recht reichhaltig, ebenfalls ist für Kinderbelustigung gesorgt.
Die Festrede hält Kollege Staudinger.
Die Kollegen aus den Zahlstellen Beucha u. Grimma sind herzlich eingeladen. Massenbesuch erwartet.
Das Festkomitee.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis.
Lieferung sofort!

Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte
Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine
Werkzeuge und Werkzeugstahl
empfiehlt zu billigen Preisen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.
Preisliste gratis und franko.

Sichere Existenz.
In einer **Kreisshauptstadt Bayerns**, verkehrsvoll, Sitz vieler Behörden, große Garnison (drei Waffengattungen), steht an einem sehr günstigen Plage, drei Minuten vom Hauptbahnhof und zwei Zentralfriedhöfen entfernt gelegen, **Granit-schleiferei und Steinmetzgeschäft, schönes Zinshaus** (jährlich 4000 Mk. Miete), **grosser Lagerplatz und sehr rentable Bauplätze** nebst **grosser Lager an fertigen und halbfertigen Grabsteinen** usw. sowie **reichlich Werkzeug** zum Verkauf. Event. könnte das Geschäft an einen oder zwei tüchtigen Fachmänner, die das Werkzeug und Lager auf Raten abzahlen können, verpachtet werden. Dieselben können sich eine sichere Existenz gründen. Offerten unter **W.** an die Expedition dieses Blattes erbeten.
Christoph Zeh wo steckst Du? Es sucht Dich Dein Bruder **Andr. Zeh, Gotha, Langensalz, Str. 66.**

Stienen. Der Kollege Johann Georg Benz ist von hier abgereist und hat seine Interimskarte in größter Unordnung liegen lassen.
Die Ortsverwaltung.
Königsbrück. Der Steinmetz Bruno Berge in Frankenthal bei Bischofsberda mag sofort seinen Verpflichtungen den Kollegen der Zahlstelle Königsbrück gegenüber nachkommen, sonst gehen wir gerichtlich vor.
Die Ortsverwaltung.
Kirschhausen. Folgende Kollegen reisten ohne Bücher ab: Karl Sagetti (Verb.-Nr. 23224), geb. am 1. Mai 1871 in Kastell-Lavazzo (Italien); Joseph Heimerl (Verb.-Nr. 21799), geb. am 10. April 1871 in Götting (Oberpfalz).

Adressen-Änderungen.

Mittelsteine. Kass.: Anton Pavlik.
Zannowitz. Vorf.: Lebrecht Elger, Neudorf.
Regensburg. Vorf.: Jos. Jungwirth, Regensburg, A. 29, I.
Trockau. Vorf.: Heinrich Pausk.

Briefkasten.

G. Deutsche Fundorte des Asphalts sind: Vimmer bei Hannover, Bormühle am Hils (Braunschweig) und Lobjann im Elsf. — E. in D. Ist berücksichtigt worden. — Werkmeister in M. Wenn Sie nicht über 40 Jahre alt sind und ein Einkommen in Höhe von 2000 bis 3000 Mk. haben, so ist die Selbstversicherung durch das Invalidenversicherungsgesetz gestattet. — Lauff. R. Die neuen Aufnahmehefte sind soeben in der Druckerei fertiggestellt worden. Öffentlich kann reichlicher Gebrauch davon gemacht werden. — Gommern. Für die freundliche Unterstützung besten Dank. — Görlitz. Der Bericht ist doch zu unwesentlich. — Mittelsteine. Wende Dich an den Kollegen Ernst in Pirna, Gasthaus zum weißen Roß. — Weklar. Die Sache hat seine Wichtigkeit.

Einige Berichte mußten zurückgestellt werden.

In der nächsten Nummer erscheint das Adressenverzeichnis unserer Verwaltungen. Etwaige Änderungen sind sofort an die Verbandsleitung einzusenden.

Am 2. Juli erscheint „Der Steinarbeiter“ als Agitationsnummer. Die Zahlstellenverwaltungen haben für eine weite Verbreitung der Agitationsausgabe Sorge zu tragen. — Der Expedition ist bis zum 26. Juni mitzuteilen, wieviel Exemplare an die einzelnen Zahlstellen zu senden sind.

Richtigstellung. Die neue Beitragsregulierung tritt am 1. Juli in Kraft; die neugeschaffenen Sätze über die Streikunterstützung aber kommen erst am 1. Januar 1911 zur Einführung.

In unübertroffen einfacher
und klarer Weise lehren die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld: **Steinmetzmeister, Strassenbautechniker, Polier, Bautechniker** das an den betr. Fachschulen gelehrt Wissen, dessen man zur Erlangung höherer Stellen resp. zur Ablegung einer Prüfung bedarf. Glänzende Erfolge. Dankschreiben- und Empfehlungssendungen... Kleine Teilzahlungen.
Bonness & Hachfeld, Potsdam-W.18.

Schürzen
Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Waffelstoffsosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Heinrich Tauch
Spitzkunnernsdorf (Sachsen) empfiehlt den Steinarbeitern seine bewährten **Double-Leder-Hosen** in weiß, Silbergrau und braun, nur Prima-Ware, jede Hose 5 Mk. frei ins Haus. Angabe von Schrittlänge und Bundweite genügt für guten Sitz. — Eigene Fabrikation. — Muster franko. — Lobende Anerkennungen.

Eine größere Anzahl
Steinmetzen und Schleifer
für dauernde Arbeit bei gut. Verdienste werden angenommen von
Granit- u. Syenitwerke Frohmann & Co. Reinheim (Hessen).

15 bis 20 tüchtige Sandsteinmeken
sofort gesucht.
L. Rosenthal, Steinmetzgeschäft Beuthen (D.-Schl.).

Zwei tüchtige Steinmetzen
auf Grabsteinarbeit sucht
C. Anacher, Steinmetzstr., Uelzen (Hannover).

Gestorben.
In Berlin am 6. Juni der Kollege Hermann Golling, 53 Jahre alt, an Lungenentzündung.
In Köln am 5. Juni der Kollege Johann Luxem, 49 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Rünchberg im Krankenhaus am 6. Juni der Kollege Mart. Zimmermann von Reinersreuth, 32 Jahre alt, infolge Körperverletzung.
In Rottendorf am 24. Mai der Kollege Anton Scheber, 32 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Selb am 13. Juni der Kollege Karl Bauernfeind, 24 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Würzburg am 28. Mai der Kollege Johann Kappelmann, 40 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1909.

I.

Ausbreitung und Umfang der Gewerkschaftskartelle.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in einer zur Nr. 23 des Korrespondenzblatts herausgegebenen Beilage die Statistik über die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1909. Diese Arbeit gewährt wieder wie die Statistiken der früheren Jahre ein anschauliches Bild von einem bestimmten Teil gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die Wirksamkeit der Kartelle liegt auf örtlichem Gebiet; sie sind dazu berufen, die Gewerkschaftsmitglieder am Ort zu einem organischen Ganzen zusammenzufügen, die in ihrem Tätigkeitsbereich der gewerkschaftlichen Entwicklung entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen, um damit der Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung den Boden zu bereiten.

Während des Berichtsjahrs hat sich der Bestand der Kartelle um 31 vermehrt. 1908 betrug die Zahl derselben 623 und am Schlusse des Jahres 1909 654.

Von den 654 Kartellen sind 619 = 94,65 Prozent an der Statistik beteiligt. Der Ausfall von 35 Kartellen aus der Statistik ist zwar bedauerlich, jedoch wird dadurch das Resultat derselben nur unerheblich beeinflusst.

Aus der Berichterstattung der Kartelle über die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften und Mitglieder läßt sich erkennen, daß der im Jahre 1908 bei den Zentralverbänden stattgefundene Rückgang an Mitgliedern im Jahre 1909 wieder ausgeglichen wurde. Die Zentralverbände haben die ihnen durch die wirtschaftliche Krise auferlegte Belastungsprobe gut überstanden. Der stattgefundene Rückgang der Mitglieder stellt sich nur als eine flüchtige Unterbrechung des Wachstums der Verbände dar. Mit vermehrter Kraft geht es wieder aufwärts!

Den 619 an der Statistik beteiligten Kartellen sind 8548 Gewerkschaften mit 1.619.666 Mitgliedern angeschloßen. Davon sind Zweigvereine von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden 8520, die zusammen 1.612.449 Mitglieder zählen. Im Jahre 1908 wurden 8400 Zweigvereine mit zusammen 1.555.101 Mitgliedern als den Kartellen angeschloßen gezählt. Das ist ein Mehr von 120 Zweigvereinen und 57.348 Mitgliedern. Nur zu einem ganz geringen Teil ist diese Zunahme auf das Konto der 13 Kartelle zu setzen, die an der diesjährigen Statistik mehr beteiligt sind. Es kommt vielmehr dabei das Wachsen der Mitgliederzahlen der Zentralverbände zum Ausdruck.

Die Zahl der den Kartellen nicht angeschlossenen Zweigvereine der Zentralverbände ist von 294 auf 330 zurückgegangen.

Es sind dann noch außer den Zweigvereinen der Zentralverbände den Kartellen insgesamt 28 sonstige Gewerkschaften mit zusammen 7217 Mitgliedern angeschloßen.

Außer den vorbezeichneten Gewerkschaften gehören noch den Kartellen Organisationen an, die zwar wirtschaftliche Ziele verfolgen, jedoch nicht als Gewerkschaften angeprochen werden können.

Teilen wir die Kartelle in 4 Gruppen ein, so stellt sich der Umfang derselben nach der Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften folgendermaßen dar: Es sind angeschloßen 429 Kartellen (1908: 419) je 2—15 Gewerkschaften; 140 Kartellen (1908: 141) je 16—30 Gewerkschaften; 44 Kartellen (1908: 39) je 30—50 Gewerkschaften und 8 Kartellen (1908: 7) je über 50 Gewerkschaften.

Die Bedeutung der Kartelle wird jedoch nicht lediglich bestimmt durch die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften, sondern es kommen dabei auch deren Mitgliederzahlen in Betracht. Es sind angeschloßen 255 Kartellen (1908: 240) je bis 500 Mitglieder; 314 Kartellen (1908: 312) je 501—5000 Mitglieder; 40 Kartellen (1908: 44) je 5001—25.000 Mitglieder und 10 Kartelle (1908: 9) haben einen Bestizstand von über 25.000 Mitglieder.

Aus den zum Vergleich gegenübergestellten Zahlen der Jahre 1908 und 1909 ist ersichtlich, daß sich die kleineren Kartelle vermehrt haben. Bei der Erweiterung des Kartellbestands kommen eben nur noch kleinere Orte in Frage, da größere oder solche mit erheblicher gewerblicher Bevölkerung schon Kartelle besitzen. Zu der Gruppe der Kartelle mit über 25.000 Mitgliedern gehören die Orte: Berlin (231.911), Chemnitz (25.842), Dresden (53.140), Frankfurt a. M. (32.365), Hamburg (98.645), Hannover (34.982), Leipzig (60.718), München (56.332), Nürnberg (40.265), Stuttgart (25.719). Sämtliche 10 Kartelle haben seit 1908 eine Zunahme an Mitgliedern erfahren, welche sich insgesamt auf 32.698 bezieht. Bei Berlin und Dresden ist diese Zunahme zum Teil auf erfolgten Anschluß anderer Kartelle zurückzuführen. Chemnitz ist zu den Kartellen, welche über 25.000 Mitglieder zählen, neu hinzugekommen.

Gewerkschaftliche Statistik.

Wiederholt haben wir im „Steinarbeiter“ auf die hohe Bedeutung der Statistik hingewiesen. In Nachstehendem veröffentlichen wir einen interessanten Aufsatz aus den „Sozialistischen Monatsheften“ von Rudolf Wissell, der dieses durchaus aktuelle Thema wieder einmal erneut aufrollt.

Heute bildet die gewerkschaftliche Statistik einen, wenn auch nicht offiziell, so doch de facto als sehr bedeutend anerkannten Bestandteil der Sozialstatistik. Sie behandelt jene wirtschaftlichen und sozialen Zustände, die die amtliche Statistik entweder ganz übergeht oder nicht in genügender oder auch in einseitiger Weise behandelt. Ich nenne da nur die Streikstatistik der Generalkommission, vor der die seit zehn Jahren betriebene amtliche Streikstatistik vollständig die Segel hat freieren müssen. Wer die statistischen Arbeiten der deutschen Gewerkschaften überfliehet, wird zugestehen müssen, daß sie eine lange Reihe zum Teil sehr wertvoller Beiträge zur Kenntnis unserer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse enthalten. In erster Linie sind es die Arbeits- und Lohnverhältnisse der verschiedensten Arbeitergruppen, um deren Aufklärung sich die Gewerkschaften verdient gemacht haben. Doch auch die Wohnungsverhältnisse und die Lebenshaltung der Arbeiter sind Gegenstand oft sogar recht eingehender Erhebungen gewesen.

So günstig das allgemeine Urteil, auch das vorurteilsloser bürgerlicher Sozialpolitik, über die gewerkschaftliche Statistik lautet, so muß doch gesagt werden, daß im einzelnen Mängel vorhanden sind, die auszumergen versucht werden sollte. Diese Mängel treten weniger bei den von den Zentralleitungen der gewerkschaftlichen Verbände herausgegebenen Arbeiten in die Erscheinung als bei denen, die von den Ortsverwaltungen usw. veröffentlicht werden. Man findet da zum Beispiel in der Einleitung recht oft die Bemerkung, daß die statistischen Erhebungen sich umfangreicher gestaltet hätten als vorausgesehen oder geplant gewesen, oder daß bei der Bearbeitung die eine oder die andere Frage hätte ausgeschieden werden müssen, weil die Antwort sich nicht für die Zusammenstellung hätte verwerten lassen. Derartige Fälle, wie sie nicht vorzukommen, es genügt davon, daß der Plan der Statistik nicht genügend durchgearbeitet war. Diese Mängel sind allerdings durchaus erklärlich. In den Zentralleitungen unserer Verbände sitzt heute eine Reihe von Beamten, die schon über ein bedeutendes Maß von Sachkenntnis auf dem Gebiet der Statistik verfügen. Sie wenden die aus den Erfahrungen der Jahrzehnte abgeleiteten Grundzüge und Richtlinien der allgemeinen Statistik unserer Tage wie einmal: offiziellen Arbeitsstätten der Statistik an. Anders in unsern Lokalvorständen und Ortsverwaltungen. Dort fehlt noch teilweise jede Erfahrung, und man kennt dort auch die allgemeinen Prinzipien der Statistik zu wenig, um ihnen planmäßig zu folgen. Seitdem die Generalkommission regelmäßig gewerkschaftliche Unterrichtskurse abhält, hat sie in ihnen auch der theoretischen Erörterung der Statistik Raum gegeben. Jedoch kommt sie zunächst nur wenigen zugute. Manche Beamten in der Arbeiterbewegung würde aber auch durch eine schriftliche Darlegung der für die Vorbereitung und Vornahme statistischer Arbeiten zu beachtenden Grundzüge in vielen Punkten gebietet sein. Eine solche Darstellung sei im Nachstehenden versucht.

Die Statistik will durch die Beschaffung kritisch gesichteten und nach festem Plan geordneten Zahlenmaterials möglichst großen Umfangs ein möglichst genaues und klares Bild der Erscheinungen auf den verschiedensten Gebieten geben. Sie ist, wie man gesagt hat, die Methode, Massenerscheinungen aus Zahlungen-

ergebnissen zu beurteilen. Zu diesem Zweck kontrolliert und beobachtet sie diese Erscheinungen ununterbrochen in methodischer Weise. Das von ihr gebotene Zahlenmaterial wird um so klarer die betreffenden Verhältnisse erkennen lassen, wird diese um so vollständiger und gründlicher charakterisieren, je größer, durch je mehr gleichartige Beobachtungen gewonnen und je genauer es ist. Die Statistik will nur der Ermittlung der Wahrheit dienen. Das heißt, sie kümmert sich nicht um das Ergebnis ihrer Feststellungen in dem Sinne, ob es vom Standpunkt des jeweiligen Beurteilers aus gut oder schlecht ist. Sie sollte sich wenigstens nicht um dies Ergebnis kümmern. Sie soll nur die auf anderem Wege nicht zu gewinnende Klarheit über die Verhältnisse der verschiedensten Art geben. Auch nur in diesem Sinne dient die Statistik bestimmten Zwecken. Durch die Klärung der Verhältnisse bereitet sie die Lösung bestimmter Aufgaben vor. Ohne statistische Vorarbeiten ist zum Beispiel keine Regierung imstande, Handelsverträge abzuschließen; sie muß die wirtschaftlichen und sonst in Betracht kommenden Verhältnisse sowohl ihres eigenen Landes wie die der andern Länder kennen.

Diese statistischen Arbeiten können aber nicht dann erst vorgenommen werden, wenn ihr Ergebnis erwünscht erscheint. Die Vorbereitung und Durchführung dieser Arbeiten ist viel zu mühsam, als daß in der zur Verfügung stehenden Zeit das benötigte Ergebnis erzielt werden könnte, wenn es überhaupt noch zu beschaffen ist. Wenigstens das Rohmaterial muß vorhanden sein. Es ist nicht unter allen Umständen notwendig, das Rohmaterial gleich so zu verarbeiten, daß alle aus ihm zu ziehenden Schlüsse sofort daraus gezogen werden. In der Regel genügt es vollständig, wenn das Material bis zur quantitativen Vergleichbarkeit zusammengestellt ist. Die Schlussfolgerungen können dann später gezogen werden, wenn es nötig wird. Zunächst können die Urteile auf sich beruhen bleiben. Wenn dann ein genauer, Aufschluß über eine Frage nötig ist, sind die zur Beantwortung erforderlichen Unterlagen auch vorhanden. Gerade die Mehrzahl der Aufgaben wird aus dem Material gelöst werden müssen, das vorhanden ist, und so wie es vorhanden ist. Deshalb muß beizeiten dafür gesorgt werden, daß für die Zukunft nötige Material zu beschaffen. So verfolgen alle Arbeitsstellen der Statistik in ihren laufenden Geschäften und Bearbeitungen den Zweck der Vorbereitung künftiger Aufgaben. Genau so, wie sich seit langem in den statistischen Arbeitsstellen — seien es die des Staates, die von wissenschaftlichen Instituten oder solche von Privatpersonen — ein System der Fürsorge für die Lösung künftiger Aufgaben entwickelt und herausgebildet hat, so muß auch in den gewerkschaftlichen Organisationen mehr als bisher darauf gesehen werden, das Material, das künftig gebraucht wird, zu beschaffen.

Das kann natürlich nur nach festem Plan geschehen. Es müssen bestimmte Grundzüge darüber vorhanden sein, welches Material laufend oder periodisch zu sammeln als notwendig erachtet wird. Ist das der Fall, so besteht auch nicht so leicht die Verführung, die Gegenstände der Statistik und die Behandlung des Materials so oft und so sehr zum Nachteil der Vergleichung je nach Umständen zu verändern. Das geschieht heute leider nur zu oft. Was nützen zwei Statistiken, die denselben Gegenstand betreffen, und die zu verschiedenen Zeiten aufgenommen sind, wenn man sie nicht miteinander vergleichen kann? Sie haben dann nur einen beschränkten Wert und lassen die Veränderung der Verhältnisse im Wandel der Zeiten nur ungenügend erkennen. Angenommen, es handelt sich um die Krankheitsursachen in einem Beruf. Ist der Kreis der Personen, auf die sich die statistische Aufnahme erstreckt, bei jeder Aufnahme ein anderer, so ist auch die Vergleichung, wenn nicht ganz unmöglich, so doch recht schwierig. Es muß also von unsern gewerkschaftlichen Statistiken die Vergleichbarkeit gefordert werden. Die ist aber nur zu erzielen, wenn für die statistischen Arbeiten ein festes Schema vorher aufgestellt ist. Es darf auch nur bei ganz zwingender Veranlassung geändert werden. Es ist möglich, zu versuchen, es unter Wahrung seines Grundgedankens zu erweitern. Dem Schema entsprechend ist dann das Material zu beschaffen. Besteht bei den Gewerkschaften ein solches System der Fürsorge für die Lösung künftiger Aufgaben, so wird das für die Zwecke des Verbandes erforderliche Material statistischer Art auch vorhanden sein.

Nun ist ja die Beschaffung und Zusammenstellung des Materials eine recht, recht mühsame Arbeit, und sie erfordert eine ganz unverhältnismäßig größere Zeit und Mühe, als die Beurteilung des bereits zusammengestellten Materials. Das ist auch der Grund, weshalb manches schon heute für die Erkenntnis gewisser sozialen Verhältnisse so wertvolle und gewissermaßen ganz nebenbei gesammelte Material ungenutzt liegen bleibt. In manchen Verbänden wird Erwerbslosenunterstützung gezahlt. Die

Zweite Ton-, Zement- und Kalkindustrie-Ausstellung zu Berlin.

Mit dem bei solchen Gelegenheiten üblichen Klimbim wurde die Ausstellung am 2. Juni eröffnet. Trotzdem in den letzten Tagen eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet wurde, liegen einzelne Objekte noch weit zurück. Es wiederholt sich immer wieder, daß Ausstellungsarbeiten, um Zeit und Geld zu sparen, zu spät begonnen werden, wobei es dann kurz vor dem Eröffnungstermin auf einige Ueberstunden und Nachsichtungen nicht ankommt, sind doch die in Betracht kommenden Lohnzuschläge vom kapitalistischen Standpunkt noch immer den Kosten vorzuziehen, welche eine rechtzeitige Inangriffnahme der Arbeit erfordert. — Auch unsere Kollegen waren hervorragend an dem Gelingen der Ausstellung beteiligt. Sie verhalten doch das Kunststein zu Ansehen und Würden. Macht doch das Aussehen des Steines einen Hauptbestandteil seines Wertes aus. Und man muß es den Kunststeinindustriellen lassen: die Nachahmung der verschiedensten Natursteine ist auf's trefflichste gelungen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, Reklame für die Erzeugnisse einzelner Firmen zu machen, um so weniger, als wir leicht in den Verdacht der Parteilichkeit geraten könnten. Befinden wir uns doch zurzeit der Niederschrift dieses Artikels im Kampfe mit einem der hervorragendsten Aussteller um die Anerkennung unseres Tarifes. Ueberlassen wir also die Prämiierung dem Preisgericht der Ausstellung.

Die Ausstellung selbst zerfällt in zwei große Abteilungen. Erstens zeigt sie die Gewinnung und Herstellung des Materials, große Maschinenanlagen, zum Teil in vollem Betriebe, und zweitens die fertigen Fabrikate und ihre Verwendung. Daneben sind die wissenschaftlichen Hilfsmittel ausgestellt, auch Fachschulen sind mit Musterarbeiten vertreten. Einen besonderen Teil der Ausstellung bildet die Feinkeramik, Erzeugnisse der Ton- und Porzellanindustrie.

Ein besonderes Gebäude füllt die Kgl. Majolika-Werkstatt Cadinen (Westpreußen). Im Innenhofe desselben erhebt sich ein Brunnen aus bemaltem Cadiner Ton. In den Räumen haben wir Gelegenheit, Büsten, Figuren, Reliefs, Plattenbilder, gemalte Wandteller, Schmuckgegenstände usw. zu bewundern.

Eine „römische Villa“ hat der Verein für Ton-, Zement- und Kalkindustrie ausgestellt. Professoren hatten die Leitung dieser Arbeiten, Künstler und Arbeiter der verschiedensten Firmen die Ausführung. An die Römerzeit erinnert ein Mo-

dell des Kaiserpalastes zu Eri, desgleichen ein Diorama desselben, sowie hierauf bezügliche Zeichnungen, und endlich eine Anzahl von Ausgrabungen und Nachbildungen von solchen.

Die Kgl. Berginspektion in Rübbersdorf ist ebenfalls mit einer Ausstellungshalle vertreten. Ein Wächter in Bergmannstracht gibt die gewünschten Erklärungen. Früher ruhte der Schwerpunkt des Betriebes in der Gewinnung von Bausteinen, heute liegt die Bedeutung der Rübbersdorfer Steinbrüche hauptsächlich in der Versorgung industrieller Unternehmungen, Kalkbrennereien, Kalksandsteinfabriken, Zuckerraffinerien, Portlandzementfabriken, Hochöfenwerke, Eisgießereien u. a. Bei der rationellen Ausnutzung des Materials ist Abfall so gut wie gar nicht vorhanden. Auch Beton und Kunststein wird aus demselben gefertigt. — Recht anschaulich dargestellt sind die Gesteinsnachbildungen der vereinigten Sprengstofffabriken. — Die städtische Fachschule für Maurer, Zimmerer, Dachdecker ist mit Modellarbeiten von Schülern in Stein und Holz vertreten. Auch die Schüler der Kgl. Baugewerkschulen haben Hervorragendes geleistet. Besondere Bewunderung erregen die Fassaden von Silberheimer Holzhäusern.

Die elektrische Industrie kommt ebenfalls zur Geltung. Im Betriebe befindliche Bahnanlagen, Fördermaschinen, teils in natürlicher Größe, teils in zierlichen Modellen, fesseln den Besucher. Auch Steinbearbeitungsmaschinen fehlen nicht. Ein Kollege von uns führt einen elektrischen Meißelhammer vor. Durch einen Versuch konnte sich Schreiber dieses von dem Funktionieren desselben überzeugen. Für Berlin ist übrigens eine Verbreitung dieser Maschine nicht zu erwarten — es müßten sich denn mehrere Steinmeißelmeister zur gemeinsamen Benützung einer solchen zusammenschließen — so wenig Rohmaterial wird hier verarbeitet.

Ein Musterfriedhof ist ebenfalls in der Ausstellung enthalten, doch kann dieser in keiner Beziehung als Muster gelten. Allerdings sind einige wohlgehaltene Denkmäler aus Mischkalk vertreten, doch das ist auch alles. Die ausgestellten Kunststein Denkmäler halten einen Vergleich mit den Natursteinen nicht aus.

Wie vielseitig doch eine Firma auf dem Produktionsgebiete sein kann, beweisen die glasierten Baderaumsteine der Firma H. Holzmann, Frankfurt a. M. Mit diesen sind die Wände der Bedürfnisanstalten der Ausstellung beskleidet.

Die Selteneren Ofenindustrie ist mit einer umfangreichen Ausstellung von modernen Kachelöfen und Wandbeheizungen

vertreten. Märchenhaft schöne Badezimmer zeigen, welchen Luxus sich Geldleute gestatten können.

Nun zum „Kunstmarmor“. So verschieden die Ausstellungsprodukte sind, so verschieden ihre Beurteilung. Sie samt und sonders verwerfen, hieße das Kind mit dem Bade ausschütten. Doch täten manche Kunstmarmorfabrikanten gut, sich eine andere Bezeichnung für ihr Farbenspiel zu suchen. Soweit der Kunstmarmor dem natürlichen nachgebildet sein soll (daselbe gilt auch vom Granit), sind unsere altbekannten Kunststeinfabriken diesem Ziele am nächsten gekommen. Namentlich soweit einfache Sorten in Frage kommen. Je bunter jedoch die Zusammenfügung ist, desto unnatürlicher die Wirkung. Trotz aller Farbenpracht wirken die Stücke wegen ihrer gleichmäßigen Farbenverteilung eintönig. Ist schon die Politur bei Naturmarmor nicht wetterbeständig, so gilt dies in vermehrtem Maße von Kunstmarmor. Er kommt denn auch ausschließlich zur Innendekoration zur Verwendung. Zur Herstellung von Marmorimitationen wird als Bindemittel vielfach weißer Zement verwendet, ebenfalls eine Erfindung neueren Datums.

Der Eisenbetonbau ist durch Zeichnungen und Abbildungen von Gebäuden, auch in einzelnen Modellen von Brücken und andern Bauten vertreten. Ihm gehört zweifellos die Zukunft. Einige „große“ Zeugen der Gegenwart bilden riesige Telegraphenmasten aus Eisenbeton, die von unsern Kollegen steinernmäßig bearbeitet wurden.

Ziegelprodukte, freitragende Mauer- und Dachkonstruktionen, sowie alle möglichen Bauteile liegen ebenfalls vor.

Ein Gebäude ist eigens dazu errichtet, um feuerfeste Türen usw. zu empfehlen. Die Mauern desselben zeigen von dem künstlichen Brande große Risse, doch die Türen sind unversehrt. — Die Versuche zur Prüfung von Materialien aller Art vorgenommen werden, zeigt das Kgl. Materialprüfungsamt, welches ebenfalls mit einer interessanten Ausstellung vertreten ist. Auf demselben Gebiete wirkt das Chemische Laboratorium unter Leitung des Professor Seger im ausschließlichen Interesse der Ton-, Zement- und Kalkindustrie. Die Tonindustrie-Zeitung sorgt ebenfalls für die Verbreitung obiger Interessen. Zum Schlusse seien noch die verschiedensten Pflanzarten erwähnt, die ebenfalls veranschaulicht sind; Terranova, Terrazit, Trubelit und wie sie alle heißen.

Alles in allem — Natur bleibt Natur. Dennoch können wir unsern Kollegen den Besuch der Ausstellung angelegentlich empfehlen. Hoffentlich ermäßigt das Komitee für Arbeiter den Eintrittspreis.

E. W.

beste Grundlage für eine Arbeitslosenstatistik unter den Verbandsmitgliedern wäre damit gegeben. Gewiß, alle Vierteljahre veröffentlicht das „Reichsarbeitsblatt“ nach den Angaben der Verbandsvorstände eine Uebersicht über den Prozentfuß der Arbeitslosen im Verband. Der wird auf Grund von Stichproben ermittelt, die an einem Tage im Monat vorgenommen werden. In den Jahrbüchern oder im Verbandsorgan des Verbandes wird auch die Dauer der Arbeitslosigkeit, die Verteilung auf die einzelnen Branchen summarisch angegeben. Das sind wertvolle Uebersichten. Aber welcher Entwicklung wäre dieser Ansat eine Statistik fähig. Wie wünschenswert wäre die Kenntnis darüber, wie sich die Arbeitslosigkeit auf Ledige oder auf Familienväter verteilt, nach wie langer Beschäftigung im Betriebe sie eintrat usw. Manche Verbände zahlen Krankenunterstützung. Da hätte man Gelegenheit, die Krankheitsursachen festzustellen. Oder auch, ob bestimmte Erkrankungen im besonderen Maße in einzelnen Branchen auftreten. Wie wünschenswert wäre all dies im Interesse der Förderung durchgreifender Arbeiterfürsorge. Aber welche Summe von Arbeit auch, die erforderlich ist, derartige Aufzeichnungen durchzuführen. Daß sie zu leisten nicht nur wünschenswert, sondern notwendig ist, wird heute gerade von den Verbandsmitgliedern nicht immer erkannt. Solche Arbeiten erfordern natürlich Beamte, die sich ihnen widmen. Der Arbeitsaufwand, der damit verbunden ist, wird auch nach Außen nicht im entferntesten in die Erscheinung treten. Wenn die Tabellen mit langen Zahlenreihen fein säuberlich gedruckt vorliegen, kann nicht jeder ersehen, welche Arbeit geleistet werden mußte, sie zu schaffen. Da wird leider noch immer genörgelt, wenn mehr Hilfskräfte angestellt werden sollen. Und dieser ganz ungerechtfertigte Widerstand der Mitglieder verschuldet es, daß die statistischen Arbeiten der Gewerkschaften heute noch manche Lücke aufweisen.

Dieser Widerstand ist nur durch die Aufklärung der Mitglieder zu beseitigen. Dazu müssen aber erst die in den Ortsverwaltungen tätigen Mitglieder selbst gewonnen werden. Denn diese betrachten oft noch ihnen von den Vorständen zugemutete Arbeiten statistischer Art als etwas, das unnötige Mühe und Arbeit macht. Die Anweisungen und Erläuterungen des Vorstandes erscheinen ihnen auch oft zu lang und schwer verständlich. Mit dieser Tatsache muß auch die Verbandsleitung rechnen. Bei allen statistischen Aufnahmen, die sich über ein größeres Gebiet erstrecken, sind genaue Anordnungen erforderlich, die in den zahlreichen Verwaltungsstellen völlig gleichartig verstanden werden und trotz möglichst wenig beschränkter Freiheit in der Durchführung dennoch übereinstimmende Ergebnisse erzielen sollen. Diese Anordnungen müssen klar und deutlich, nicht weitschweifig, aber doch erschöpfend ausgearbeitet werden, so daß ein völliges gegenseitiges Verstehen zwischen Verbandsleitung und Beauftragten garantiert ist. Dabei wird es nicht zu vermeiden sein, daß dem einen recht oft als überflüssig und zu breit erscheint, was dem andern nicht klar genug sein wird. Oft ergeben sich auch daraus Schwierigkeiten, daß das Gebiet, worauf sich die Aufnahmen erstrecken sollen, unter die an der Aufnahme Beteiligten nicht genau genug verteilt wird. Das Fehlen eines sorgfältig ausgearbeiteten Planes macht sich dann später oft sehr unliebsam bemerkbar. Grundsatz jeder einzelnen statistischen Arbeit muß daher ein bis in die Einzelheit der Ausführung durchdachter besonderer Plan sein. Dazu gehört auch ein klares Bild der Zusammenhänge und Darlegungstabellen, die die Ergebnisse der Aufnahme zusammenziehen und veranschaulichen sollen. Damit wird auch von vornherein der Umfang der fertigen Arbeit — abgesehen von ihrer durch das Wort zu gebenden Erläuterung — feststehen. Dann wird es auch nicht vorkommen, daß die statistischen Erhebungen sich umfangreicher gestalten haben, als voranzusehen gewesen war, oder daß die Antwort auf eine Frage für die tabellarische Zusammenstellung nicht verwertet werden konnte. So ganz allgemein gehaltene Fragen wie: „Werden Ueberstunden gemacht?“ sind gar nicht deutlich und präzise zu beantworten. Solche Fragen stellen sich sowohl bei der Aufnahme wie bei der Bearbeitung als unnötiger Ballast heraus. Sie hätten bei der Durchbildung des Planes vermieden werden können, und zwecklose Arbeit wäre erspart worden. Ja, auch Fragen, deren Berücksichtigung an und für sich sehr wünschenswert erscheint, können unter Umständen bei der Aufnahme oder Bearbeitung zu zeitraubend sein, um für den gegebenen Fall Berücksichtigung finden zu können. Sie verzögern oder verteuern oft eine Aufnahme, die in kurz begrenzter Zeit oder mit beschränkten Mitteln zu machen ist. Stets muß dahin gestrebt werden, die Lösung der Aufgabe so einfach wie möglich zu gestalten.

Daß den statistischen Aufgaben der Gewerkschaften in den Reihen ihrer Mitglieder vielfach nicht genügendes Verständnis entgegengebracht wird, ist vielleicht auch darauf zurückzuführen, daß die bisherigen Arbeiten manchmal nicht in genügender Weise versucht haben, die Starrheit und Kargheit, die jedem Zahlenmaterial innewohnt, durch eine Schilderung des gewonnenen Ergebnisses im Text zu mildern. Zahlen werden nicht gern gelesen, dem muß auch Rechnung getragen werden. Gewiß sagen Zahlen oft mehr, als mit Worten zu sagen wäre. Liegt man die Zahlen unserer Unfallstatistik, so offenbaren sie den Eingeweichten eine Unsumme von Not, von Elend und Tränen. Aber sie sprechen eben so nur zu den Eingeweichten, dem andern erscheinen sie trocken, nüchtern und monoton. Deshalb darf die lebendige Schilderung durch das Wort bei den Zahlenreihen nicht fehlen. Sie macht erst die Statistik für den Fernstehenden interessant.

Nun stumpt aber gerade die Beschäftigung mit Zahlen und Zahlenkombinationen und mit bekannten Begriffen leicht ab. Deshalb ist auch die Statistik nicht jedermanns Sache. Wer nicht ausdauernde Geduld und nicht erlahmendes Interesse von Haus aus mitbringt, der ist für statistische Arbeiten nicht gut zu gebrauchen. Wer aber über beides verfügt, der wird in der Statistik auch ein reiches Feld der Betätigung, auch große Befriedigung finden. Solche Kräfte sind in der Arbeiterbewegung da: es gilt vielfach nur, sie zu suchen und an den richtigen Ort zu stellen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Deroute an der Newyorker Börse. — Stimmungsberichte und objektive Diagnose. — Die Preisbewegung am Getreidemarkt.

Da haben wir ja wieder die fällige „Deroute an der Newyorker Börse“! Sie kam dieses Mal zwar fast zwei Monate früher als im Erholungsjahr 1903, in welchem erst der Juli den großen Schlag brachte, aber sie ist mindestens so geschickt inszeniert wie damals und übt auch ganz den Einfluß aus, den die Hintermänner mit ihrer Deroute beabsichtigen haben. Auch die Handelspresse bei uns ist mit den ungünstigen Berichten, die jetzt von Amerika eintreffen, ganz und gar voll, und man hat ganz vergessen, daß die wirtschaftliche Lage in Amerika gleichfalls das Bild zunehmender Erholung zeigt wie die Deutschlands. Dieses Bild wird nun durch die Newyorker Deroute im wesentlichen nicht geändert, wenn natürlich der Einfluß des Kurssturzes auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich auf das Publikum der Kapitalisten, nicht geleugnet werden kann. Ein Anlaß zur Inszenierung einer Bewegung ist immer bald gefunden. Diesmal handelt es sich um ein Verbot der Regierung, das sich gegen die Tarifierhöhung zahlreicher Eisenbahngesellschaften richtete. Zunächst haben eine ganze Reihe westlicher Bahngesellschaften ihre Absicht kundgegeben, daß sie zum 1. Juni ihre Tarife erhöhen wollen, um die eingetretene Lohnerhöhung wieder ausgleichen zu können. Gegen diese Absicht wurde von der Regierung ein gerichtlicher Einhaltsbefehl erteilt. Dieses Vorgehen der Regierung war das Signal, die Deroute in großem Stil vor sich gehen zu lassen. Aber man täuscht sich, wenn man die Tragweite des gerichtlichen Einhaltsbefehls überschätzt. Die Hintermänner der ganzen Be-

wegung hätten auch einen andern Anlaß gefunden, wenn ihnen die Regierung nicht das Spiel möglich gemacht hätte. Sie haben es eben so geschickt eingefädelt, daß die Regierung wohl über übel anbeißten mußte. Denn die Tarifierhöhung wurde von den westlichen Bahnen gemeinsam angekündigt, ja den westlichen Bahnen folgten inzwischen schon die nördlichen Bahnen, die eine gemeinsame Tarifierhöhung zum 1. Juli ankündigten. Gegenüber dieser Absicht hat die Regierung noch keine Maßnahmen ergriffen, aber es bleibt ihr nunmehr wohl nichts andres übrig, als auch gegen das Vorgehen der nördlichen Bahnen gleichfalls einen Einhaltsbefehl zu erwirken. Daraufhin werden nun die Bahner in einer ganz brutalen Weise geworfen. Die Leiter der großen Bahnen geben Erklärungen über Erklärungen ab, wonach sie gezwungen seien, Entlassungen vorzunehmen, ihre Bestellungen rückgängig zu machen, falls ihnen die Tarifierhöhung nicht zugestanden würde, was natürlich den prompten Erfolg hat, daß die Kurse weiter fallen. Tatsächlich wird die finanzielle Lage der Eisenbahnen durch den Einhaltsbefehl, selbst wenn er aufrecht erhalten wird, viel weniger beeinflusst, als es nach der jetzigen Stimmungswache erscheint, aber was kümmert das die Kreise, die ihre Vereidigungsabsichten nicht ermöglichen könnten, wenn es ihnen nicht gelänge, die Kurse auf ein Niveau herunterzudrücken, bei dem es ihnen vorteilhaft erscheint, als Käufer aufzutreten und die umgekehrte Bewegung wieder zu inszenieren.

Für den deutschen Besitzer amerikanischer Werte, vornehmlich Eisenbahnwerte, sind die jetzigen Tage allerdings höchst fatal, da sie unter Umständen, wenn sie verkaufen müssen, ganz erhebliche Verluste erleiden, aber wer sein Kapital in amerikanischen Werten anlegt, der muß eben auch wissen, was er von den amerikanischen Matadoren der Finanz zu erwarten hat. Ueber diese Kreise hinaus wird aber die Drounte in Newyork auf die Wirtschaftslage Deutschlands keinen nennenswerten Einfluß ausüben. Wenn man freilich unter dem Eindruck der täglichen Stimmungsberichte sein Urteil über die Konjunktur hin und her werfen läßt, so mag man allerdings jetzt wieder geneigt sein, die Lage recht pessimistisch zu betrachten. Auch bei uns fehlt es nicht an der Beeinflussung der Interessenten, die gegenwärtig flauzumachen suchen. So ist von der Handelsgesellschaft behauptet worden, daß sie fremde Werte im Kurs zu drücken suche, während sie dagegen für die eigenen nach wie vor eine gute Meinung habe. Ueberhaupt sei man trotz der Rede des Herrn von Swinner, des Direktors der Deutschen Bank, gegen den preussischen Finanzminister im Herrenhause vorsichtig gegenüber den Diagnosen der Wirtschaftslage, die aus den Kreisen unserer Hochfinanz stammen. Sie können gegenüber den von unsern Finanzministern vertretenen Urteilen kein Vorrecht beanspruchen, wie es Herr von Swinner darzustellen versuchte. Und wenn gar von einem Berliner Blatt die Berichte unserer Kartelle und Syndikate als maßgebend betrachtet werden, so muß man sich doch wundern, wie wenig noch Stimmungsberichte aus Interessentenzirkeln von einer objektiven Diagnose unterschieden werden können.

Kollegen, betreibt eine intensive Agitation!

Ab 1. Juli tritt die neue Beitragsregulierung in Kraft; wir haben alles aufzubieten, um in den Kreisen der Hilfsarbeiter Mitglieder zu gewinnen. — Die meisten Tarif- und Lohnbewegungen innerhalb unseres Verbandes sind für dieses Jahr beendet, nun muß mit aller Wucht unsere Aufmerksamkeit der Agitation, und insbesondere dem Betreiben der Hausagitation zugewendet werden.

Wir müssen beweisen, daß durch die neue Beitragsstaffelung die Mitgliederzahl in unserem Verbands gewaltig gesteigert werden kann.

So wenig der Arzt sein Urteil über die Krankheit eines Patienten auf die subjektiven Beschwerden des Patienten aufbauen kann und darf, ebensowenig, ja vielleicht noch weniger, können wir unsere Auffassung über die Wirtschaftslage auf die Stimmungsberichte der einzelnen wirtschaftlichen Interessenten und Interessentengruppen aufbauen, so wichtig diese auch für unser Urteil sein mögen. Aber samt und sonders sind sie vom jeweiligen Eigeninteresse diktiert.

Auf dem Warenmarkt hat sich in den letzten Tagen eine recht kräftige Abwärtsbewegung der Getreidepreise vollzogen, die zum Teil ebenso kopflos erfolgte wie im vorigen Jahre die stürmische Haufe. Damals las man aus den ersten Saatenstandsberichten schon heraus, daß wir vor einer überaus schlechten Ernte ständen, die eine Knappheit der Weltversorgung zur Folge haben müsse. In Wirklichkeit haben wir dann eine Rekorderte gehabt. Dieses Jahr genügen die ersten Saatenstandsberichte für den Getreidehandel schon, um mit einer reichen Ernte bei ihren geschäftlichen Dispositionen zu rechnen. Es wäre ja sehr wünschenswert, wenn die Ernte recht gut ausfallen würde. Wir wollen es hoffen. Aber daraufhin jetzt schon die Preise einzustellen, ist ebenso verkehrt wie das Treiben im Vorjahre. Denn so vorteilhaft die jetzige Bewegung scheinbar für den Konsum ist, so wäre ein plötzlicher Rückschlag für viele Kreise des Erwerbsebens und auch für den Konsum um so schädlicher. Auch kommt der plötzliche Preisfall den Konsumenten schon deswegen nicht so rasch zugute, weil die Bäcker zum Teil noch Mehl zu verbauen haben, dessen Preis auf der Basis der hohen Getreidequotierungen abgeschlossen wurde. Immerhin mögen die Konsumenten auf eine fortschreitende Verbilligung der Brotpreise drängen, nicht so sehr im Hinblick auf die jüngsten Preisabschläge für Getreide, sondern mit Rücksicht darauf, daß schon seit einigen Monaten die Spannung zwischen Getreide- und Brotpreisen sich nicht entsprechend der rückgängigen Bewegung der Getreidepreise gestaltet hat. Ungesund wie die Preishaufe im Frühjahr sind aber die jetzigen krampfhaften Baissenanöver, die unter Umständen nicht nur dem Getreidehandel, sondern auch der Molkerei und Bäckerei, späterhin aber auch wieder den Konsumenten sehr zum Nachteil ausfallen könnten.

Berlin, am 13. Juni 1910. R. C. Calver.

Korrespondenzen.

Berlin. Bericht vom Verbandstage war der erste Punkt der Tagesordnung der am 1. Juni abgehaltenen kombinierten Versammlung. Nachdem das Andenken des verstorbenen Kollegen Dyllalla in üblicher Weise gelehrt wurde, gab Kollege Hanschke in längeren Ausführungen Bericht über die Verhandlungen vom Verbandstage. Die Kollegen Sieben und Dünge machten ergänzende Hanschkes Ausführungen. Für die großstädtischen Kollegen ist im großen und ganzen nicht viel herausgesprungen. Die Erwerbslosenunterstützung, desgleichen die Verschmelzungsfrage, Punkte, welche uns sehr stark interessieren, wurden abgelehnt. In der sich entspannenden Debatte wurde der Entrüstung Ausdruck gegeben, auf welche Art und Weise die Frage der Erwerbslosenunterstützung auf dem Verbandstage erledigt worden ist. Der Unzufriedenheit wurde in

einer eingebrachten Resolution des Kollegen Sohn Luft gemacht. Diefelbe wurde einstimmig angenommen und hat folgenden Wortlaut: „Aus dem Bericht vom Verbandstage, erstattet vom Kollegen Hanschke, entnehmen die am 1. Juni versammelten Steinarbeiter Berlins, daß in der sehr wichtigen Frage der Erwerbslosenunterstützung eine Vergewaltigung (!) der Minorität stattgefunden hat. Die Versammelten protestieren gegen derartige Maßnahmen und finden es eines „freien“ Verbandstages für unwürdig, wenn parlamentarisch derartig verfahren wird.“ Aufgabe der nächsten Versammlungen wird es nun sein, sich mit den übrigen auf dem Verbandstag gefaßten Beschlüssen zu beschäftigen. Unter Punkt Verschiedenes war von dem auch-Kollegen Kemener ein Wiederaufnahmeantrag gestellt. Dieser wurde aber einstimmig abgelehnt, da wir keine Veranlassung haben, derartige Elemente aufzunehmen, welche sich einen Sport daraus machen, sich aufnehmen und wieder streichen zu lassen, und uns bei Gelegenheit in den Rücken zu fallen.

Bunzlau. Eine von allen Zahlstellen des Distrikts besuchte Delegiertenversammlung tagte am 4. Juni im Gasthaus zur Hoffnung. Die Einberufung machte sich notwendig, um eine Streitfrage zwischen den Brechern und Steinmehrn in Wenig-Madwig zu erledigen. Beiden Parteien wurde der Rat gegeben, die Streitfrage zu begraben und wieder gemeinsam zu arbeiten, denn wenn sich zwei streiten ist immer der Unternehmer der lachende Dritte, lautet ein altes Sprichwort. Wieder einmal mußte sich die Versammlung mit dem Verhalten des Werkführers Robert der Firma Zeidler in Warthau beschäftigen. Genannter Herr scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, den Warthauer Betrieb der Firma Zeidler als Laubenschlag auszubilden. Wenn es ihm einfällt, stellt er Kollegen ein, und wenn es ihm paßt, entläßt er sie nach ein paar Tagen wieder. Es haben sich hieraus Zustände entwickelt, die für die Warthauer Kollegen, und nicht nur für diese allein, sondern für jeden organisierten Steinarbeiter einfach unerträglich sind. Alles Verhandeln war bis jetzt vergebens. Die Delegiertenversammlung beschloß, daß eine Kommission mit dem Betriebsleiter Diez unter Zuziehung des Werkmeisters Robert über die Zustände verhandeln soll. Sollten aber auch hierdurch die Zustände nicht gebessert werden, so stehen den Kollegen noch eine ganze Anzahl Mittel zur Verfügung. Wenn auch die Kollegen im Frühjahr bedingungslos die Arbeit aufnehmen mußten, so darf sich der Werkmeister Robert noch lange nicht einbilden, daß wir dadurch vogelfrei geworden sind, mit denen jeder herumpringen kann wie er will. Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, und auch Herr Robert darf nicht vergessen, daß er auch nur Lohnarbeiter ist, genau wie die andern. Die Versammlung erwartet, daß die heillosen Zustände endlich von der Firma abgeschafft werden. Klage wurde wieder von den Kollegen geführt, daß in den verschiedenen Betrieben die Bezahlung des Tarifs sehr zu wünschen übrig lasse. Speziell bei der Firma Schilling (Warthau) trifft dieses zu. Aber nicht nur die Bezahlung läßt zu wünschen übrig, sondern außerdem tritt, wie von einigen Delegierten angeführt wurde, noch die Schere in Funktion, die noch mit hilft die Kollegen zu prellen. Sind es mehrere Millimeter über die Abwicklung bei der Gliederberechnung, so schneidet man einfach das übrige ab. Die Kollegen wurden dadurch um ein Glied = 84 Pfg. pro Meter geschädigt. Ein Antrag, die freiwilligen Unterstützungen bei großen Streiks und Aussperrungen einheitlich festzulegen, wurde abgelehnt. Es bleibt die Festsetzung jedem Orte selbst überlassen. Beschlossen wurde die Regelung, aber immer nur prozentual festzusetzen. Ein Schreiben der Redaktion betreffs Berichterstattung über den Arbeitsmarkt wurde zur Kenntnis genommen und demgemäß beschloffen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Heidelberg. In der am 6. Juni stattgefundenen Versammlung waren die deutschen Kollegen schlecht vertreten, in einer größeren Anzahl waren die Italiener erschienen. Kollege Sarfert hielt ein lehrreiches Referat, welches mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. In italienischer Sprache referierte Genosse Magnani aus Venedig. Die Italiener lachten mit gespannter Aufmerksamkeit seinen Darlegungen. Stürmischer Beifall wurde ihm gezollt. Ueber sein Referat wurde erhellenderweise recht lebhaft diskutiert. Hier herrschen so traurige Zustände, daß es unter allen Umständen nötig ist, zukünftige Versammlungen besser zu besuchen. Die italienischen Kollegen sind der Meinung, daß sie alle 14 Tage Versammlungen abhalten. Die Deutschen müssen sich durch ein solches Vorgehen beschämen lassen.

Kirchhausen. Am 4. Juni fand hier eine mächtig besuchte Mitgliederversammlung statt. Der erste Punkt der Tagesordnung wurde dahin geregelt, daß Kollege Moosmüller als 1. Vorsitzender, Kollege Fritz Verchl als 2. gewählt wurden. Die beiden früheren Vorsitzenden legten ihre Ämter freiwillig nieder. Von mehreren Rednern wurde betont, daß Kollege Fischer durch seine mehrjährige Tätigkeit als Vorsitzender seine volle Pflicht den Kollegen gegenüber getan hat. An Stelle des Kollegen Moosmüller wurde Georg Antes als Schriftführer gewählt. Zum zweiten Punkt referierte Gauleiter Sarfert über den Stand der Bauarbeitersperrung. Er führte an, welche großes Interesse gerade die Steinarbeiter an diesem Kampfe haben, da gerade wir es sind, die den Bauarbeitern am nächsten stehen. Er forderte die Kollegen auf, sich recht zahlreich an den Sammellisten zu beteiligen, um den Bauarbeitern in ihrem ausgezwungenen Kampfe zum Siege zu verhelfen, denn ein Unterliegen der Bauarbeiter bedeute auch ein Unterliegen der andern Gewerkschaften, und ganz besonders der Steinarbeiter. Zum dritten Punkt gab Kollege Moosmüller Bericht vom Verbandstage. Eine Diskussion über diesen Punkt gab es nicht. Betreffs Regelung der Beitragsklasse ist zu bemerken, daß diese Frage bis zur nächsten Versammlung vertagt wurde, wegen der vorgeschrittenen Zeit. Im Punkt Verschiedenes wurde betont, daß die Versammlungen pünktlich angefangen werden, und es werden die Kollegen ersucht, zur nächsten Versammlung pünktlich und vollständig zu erscheinen. Im weiteren wurde eine Sammlung für die Bauarbeiter veranstaltet. Diefelbe ergab 7.80 Mk. Die Zahlstelle Kirchhausen inklustete einiger Mitglieder der Zahlstelle Heppenheim hat bis jetzt 67.54 Mark abgeschickt.

Oberreit. In der am 5. Juni stattgefundenen Versammlung gab Kollege Müller den Bericht vom Verbandstage. In sehr geschickter Weise verglich Kollege Müller die Verhandlungen des Verbandstages mit einem Kriegsheer. So wie selbiges seine Waffen von Zeit zu Zeit prüft und zu verbessern sucht, müssen auch wir bestrebt sein, unsre Waffen zu verbessern. Die Diskussion über die Presse ist nach unsrer Meinung verfehlt. Es wurden Kleinigkeiten zu stark aufgepußt. Sehr gespannt war man über die Erwerbslosenunterstützung, die von einem Teil der Kollegen gefordert wurde. Es war nichts anderes zu erwarten, daß darin Ablehnung erfolgte. Daß über Streiktaktik und Tarifierwesen nur in geschlossener Sitzung verhandelt wurde, darin waren alle einig. Redner sagt dann weiter, daß man sich nur in der Jugend aus Idealismus organisiert, in späteren Jahren, da, wo der Kampf ums Dasein immer fühlbarer wird, tut man es mehr aus materiellen Gründen. Mit dem Beitrag für Frauen können wir uns nicht mit einverstanden erklären, denn Steine-Kloppen und Beladen ist überhaupt keine Arbeit für Frauen. Da zu dem Punkt Unterstützungswesen nicht weniger als 62 Anträge vorlagen, es wurde aber nichts geändert, weil erst das dritte Bezugsjahr abgewartet werden soll. An der Beseitigung des unbesoldeten Zentralvorstandes werden wir festhalten. Wir verlangen, daß der Ausschuß aus den fünf größten Steinbruchs-gegenenden Deutschlands genommen wird. Die Versammlung dankte dem Kollegen Müller für seinen guten Bericht, den er sehr geschickt mit historischen Reminiszzenzen zu verbinden wußte. Nach kurzer Diskussion, in welcher Kollege Daubenthaler den Zweck und Nutzen des Kartells erläuterte, wurde die sehr interessante verlaufene Versammlung geschlossen.